

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Reinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Zur Tabaksteuervorlage.

Gegen die neuen Steuervorlagen, deren Annahme durch den Reichstag zu einer erheblichen Verteuerung notwendiger Lebensmittel oder Massenkonsumartikel ebenso wie zu einer Beeinträchtigung der Produktionsentwicklung führen, die Arbeiter also sowohl als Warenerzeuger wie als Warenverbraucher schädigen würde, hat bereits eine lebhafteste Agitation eingesetzt. Besonders die Tabakarbeiter lassen kein Mittel unversucht, um die Annahme der Tabaksteuervorlage zu verhindern, wissen sie doch, daß es sich dabei um eine der wichtigsten Existenzfragen für sie handelt. Tausende von Arbeitern, armelige Hungerexistenzen, sind durch diese Steuervorlage bedroht; das gesamte Gewerbe, das durch die Steuerpolitik der Reichsregierung ohnedies schon schwer geschädigt worden ist, würde dem sicheren Ruin entgegengeführt. Das zu verhindern, ist für die Tabakarbeiter Selbsthaltungspflicht, und die gesamte Arbeiterschaft handelt im wohlverstandenen eigenen Interesse, wenn sie die Agitation gegen die Tabaksteuervorlage tatkräftig unterstützt.

Die Tabakarbeiter sehen sich nicht zum erstenmal der Gefahr schwerer Existenzschädigung durch die Reichssteuer-gesetzgebung ausgesetzt. Der Tabak bildete von jeher für die Reichsregierung ein willkommenes Objekt zur Besteuerung zwecks Befriedigung ihres unerfülllichen Selbstbedürfnisses. Schon der Norddeutsche Bundesreichstag hatte sich im Jahre 1867 mit einer Tabaksteuervorlage zu beschäftigen. Die Tabakarbeiter gerieten durch das plötzliche Aufstehen dieses Steuerprojektes in die größte Erregung. Allenthalben wurden öffentliche Versammlungen einberufen zwecks Agitation gegen die geplante Tabaksteuer. In dieser Agitation tat sich besonders der Gründer und Leiter des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins, F. W. Frischke, hervor, dem es auch zum erheblichen Teile zu danken war, daß die Tabakarbeiter nicht nur den Ende Juli 1867 in Cassel tagenden Fabrikantentag zahlreich besuchten, sondern daß sie selbst nach Eisenach auf den 11. August einen Kongress beriefen und ihrerseits ebenfalls in einer geharnischten Denkschrift aus „Rechts- und Gerechtigkeitsgründen, aus sittlichen, technischen und vor allem volkswirtschaftlichen Bedenken“ energisch gegen die Steuererhöhung, die „Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend“ den Arbeitern bringen würde, protestierten. Unter abschließlichem Verzicht, diese Petition an die Landesregierungen abzusenden, beschloßen sie, dieselbe vielmehr den Abgeordneten zuzustellen und als Flugschrift im Lande zu verbreiten; gleichzeitig erließen sie einen Aufruf an alle Arbeiter, nur solche Männer zu Abgeordneten zu wählen, die gegen jede neue indirekte Steuer seien.*

Die Agitation hatte Erfolg. Die Regierungen ließen das Tabaksteuerprojekt fallen. Diese Agitation hatte aber auch der gewerkschaftlichen Bewegung unter der Tabakarbeiterschaft einen mächtigen Impuls gegeben. Der Zigarrenarbeiterverein gelangte unter dem Einfluß dieser Agitation zu hoher Blüte; erst der stützige Krieg machte der günstigen Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung der Tabakarbeiterschaft ein Ende.

Im Jahre 1878 wurde dem Reichstag wiederum eine Vorlage auf höhere Besteuerung des Tabaks vorgelegt, die aber ebenfalls die Zustimmung des Reichstags nicht fand. Dagegen wurde im folgenden Jahre eine von der Reichsregierung geforderte Erhöhung der Tabaksteuer vom Reichstag beschlossen. Durch das Sozialistengesetz war ja den Arbeitern jede Möglichkeit einer wirksamen Abwehrbewegung genommen. Das Vereins- und Versammlungsrecht war für die Arbeiter außer Wirksamkeit gesetzt; die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen waren zerschmettert; mit gebundenen Händen war die Arbeiterschaft einer volksfeindlichen Gesetzgebung ausgeliefert. Unter diesen Verhältnissen war es der Regierung ein Leichtes, ihre Tabaksteuerpläne endlich zur Durchführung zu bringen; hatte sie doch nur noch mit den Unternehmerinteressenten zu rechnen, und deren Widerstand war nur gering. Konnten sie sich doch durch weitgehendsten Lohndruck leicht schadlos halten, die Arbeiterschaft entbehrte ja jedes Schutzes einer guten Organisation.

Das Tabaksteuergesetz vom 16. Juli 1879 mit seinerollerhöhung von 24 M. auf 85 M. für ausländischen Tabak, von 120 auf 270 M. für Zigarren und Zigaretten, von 66 auf 180 M. pro Doppelzentner für andere Tabakfabrikate und den dementsprechenden Steuererhöhungen auf inländischen Tabak hat für die Tabakarbeiterschaft denn auch geradezu fürchterliche Folgen gezeitigt. Die Löhne gingen rapid zurück,

die Heimarbeit nahm in der Tabakindustrie immer mehr überhand, mehr und mehr verlegten die Unternehmer ihre Produktionsbetriebe nach dem Binnenland, nach Sachsen, Westfalen und Baden, wo ihnen willigere und billigere Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Die Lebenslage der Tabakarbeiterschaft hat sich unter diesen Verhältnissen recht ungünstig gestaltet. Fehlte ihr doch auch in den ersten Jahren jede gewerkschaftliche Organisation, mit Hilfe deren sie bessernd in die Arbeitsverhältnisse hätte eingreifen können. Erst Ende des Jahres 1882 trat wiederum eine Tabakarbeitergewerkschaft ins Leben, der „Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“, und auch die Gründung dieser Organisation vollzog sich unter dem Einfluß eines die Tabakindustrie aufs neue bedrohenden Regierungsprojektes. Die Reichsregierung beabsichtigte nichts weniger als die Durchführung des Tabakmonopols.

Bereits in der Sitzung des Reichstags vom 22. Februar 1878 hatte Bismarck zugegeben, daß er „dem Monopol zustrebe“. Im April 1882 legte denn auch der Bundesrat dem Reichstag einen Monopolentwurf vor. Das forderte wiederum den entschiedenen Widerstand der Arbeiter und Unternehmer heraus, überall wurden von den Tabakarbeitern gemeinsam mit den Tabakfabrikanten und Tabakhändlern Versammlungen abgehalten, in denen die Notlage der Tabakindustrie eifrigst erörtert und gegen das Monopolprojekt der Reichsregierung entschieden Stellung genommen wurde. Auch diesmal hatte die Agitation der Tabakarbeiter Erfolg. Am 14. Juni 1882 wurde der Monopolentwurf in zweiter Lesung beim entscheidenden § 1 mit der überwältigenden Mehrheit von 277 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Diese Agitation hatte noch das eine Gute, daß sie zur Wiedererweckung der gewerkschaftlichen Bewegung unter der Tabakarbeiterschaft mit beitrug. Die Arbeiter hatten ja wieder die Möglichkeit, sich zu versammeln, der Einfluß der Fabrikanten und Händler kam ihnen bei der Arrangierung der Protestversammlungen mit zu Hilfe. Und diesen Versammlungen folgte oft genug die Gründung einer Tabakarbeiterorganisation auf dem Fuße. Die Arbeiter konnten in den nächsten Jahren ihre gewerkschaftliche Organisation gut genug gebrauchen. Denn immer wieder trat die Regierung mit neuen Tabaksteuerplänen hervor, durch die die Existenz der Tabakarbeiterschaft gefährdet wurde.

In der Session 1898/99 legte die Regierung dem Reichstag eine Tabaksteuervorlage vor, nach der die Materialsteuer durch eine Fabriksteuer ersetzt werden sollte mit einer Mehreinnahme von rund 45 Millionen Mark, gegen die etwa 54 Millionen Mark, welche der Tabak zuletzt eingebracht hatte, abgesetzt werden sollten. Die Arbeiter hatten diese Vorlage nicht ohne Bedenken gesehen und deren Not periodisch immer wieder durch Steuererhöhungen und Drohungen mit solchen vermehrt worden war. Von neuem standen sie vor der Gefahr, einen großen Teil der Steuer auf ihre Löhne abgewälzt zu sehen. Gerade die gewählte Form der Fabriksteuer konnte wie ein Prämiensystem für die Lohndrückerei wirken: wer für das Tausend Zigarren die niedrigsten Löhne zahlte, zahlte zur Belohnung dafür auch die niedrigste Steuer pro Tausend. Bei der hausindustriellen Zersplitterung, welche die Zigarrenherstellung in Deutschland aufweist, mußte diese Gefahr für die Arbeiter doppelt drohend erscheinen.*

Dieser Entwurf blieb in der Steuerrkommission vollständig liegen. Dafür brachte die Regierung aber in der Session 1894/95 im Reichstag eine neue Vorlage ein, die bis auf einige Abänderungen und Abstriche, die angeblich jährlich 18 Millionen Mark weniger eingebracht hätten, und somit den Mehrextrag auf rund 82 Millionen Mark reduzierten, dem in der vorigen Session unerledigt gebliebenen Steuerentwurf durchaus ähnlich war. Auch diesmal wurde der entscheidende Paragraph und mit diesem die ganze Vorlage abgelehnt. Noch einmal war es gelungen, die drohende Gefahr von der Tabakindustrie abzuwenden.

Nun hat die Regierung wiederum eine Tabaksteuervorlage eingebracht, durch welche die Tabakproduktion mit 40 Millionen neuen Steuern belastet werden soll. Da ist es selbstverständlich Pflicht für die Arbeiter, die erfahrungsgemäß am meisten unter dieser Besteuerungsmethode zu leiden haben, deren Existenz dadurch geradezu gefährdet wird, mit allen Mitteln die Annahme dieses Gesetzes zu verhindern. Möge die Agitation gegen die Tabaksteuervorlage von Erfolg gekrönt sein, das kann man im Interesse der elend gestellten Tabakarbeiterschaft wie der Konsumenten nur lebhaft wünschen.

Kartellpolitik und Arbeiterinteressen.

II. (Schluß.)

Aus solchen Erwägungen heraus verliert dieser Konsumentenstandpunkt für die Arbeiterschaft keineswegs etwa deshalb an Bedeutung, weil sie an dem Verbrauch von Industrieprodukten weniger unmittelbar interessiert ist, als dies etwa bei der Konsumtion von Lebensmitteln der Fall ist. Hier gerät eben das unmittelbare Produzenteninteresse insofern in schwere Mitleidenschaft, als der mit hohen Preisen belastete Artikel, der als produktionstechnischer Beheiß oder als ein der Weiterverarbeitung dienender Bestandteil in Betracht kommt, bei seiner Produktion auf einem künstlichen Tiefstand erhalten wird. Die Last der Wucherpreise, die hier das Kartell anderen Produktionsgruppen auferlegt, reduziert einfach den Grad der Beschäftigung und drückt den Lohn und die Lebenshaltung ganzer Kategorien von Arbeitern herab.

Einen nachteiligen Beleg gibt in dieser Richtung das Tatsachenmaterial, das kürzlich die Halbzeugverbraucher gegen den Deutschen Stahlwerksverband vorbrachten. Auf Grund von englischen Marktberichten wurde da mitgeteilt, daß im Ausland verkauft wurden: vorgewalzte Blöcke zu 67 bis 68 M., Billets zu 71 M. und Platinen zu 72 M., welche Preise sich um 4 bis 8 M. für Frachten und Spesen ermäßigen, so daß der ausländische Konkurrent das Halbzeug auf den deutschen Werken des Stahlwerksverbandes mit 62 M. für gewalzte Blöcke, 65 M. für Billets und 66 M. für Platinen bezahlt. Die entsprechenden Preise für das Inland stellen sich auf 82,50 M., 90 M. und 92,50 M. ab Siegen-Ruhrort oder Dortmund.

So exportiert also der Stahlwerksverband zu niedrigeren Preisen ins Ausland jährlich zirka 800 000 bis 900 000 Tonnen Halbzeug, ein Exportquantum, dessen Verarbeitung im Lande, wie die „Frankfurter Zeitung“ annimmt, 80 000 bis 40 000 Händen Beschäftigung gewähren könnte.

Es gibt aber dennoch Leute genug, die diese Preispolitik zumindest in der Richtung für den in der kartellierten Industriegruppe beschäftigten Arbeiter für vorteilhaft halten, weil angeblich auch er an dem solcherart erzielten höheren Gewinn partizipiert, und weil andererseits die Tendenz der Kartelle dahin geht, durch die Erhaltung der Preisfestigkeit von Lohnherabsetzungen Abstand nehmen zu können.

Die Wirklichkeit sieht freilich auch da etwas anders aus als die graue Theorie unserer Kartellweisen.

Für das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat in Deutschland hat Heinrich Cunow in der „Neuen Zeit“ ziffernmäßig nachgewiesen, daß, während das Syndikat im Jahre 1901 für jede von ihm verkaufte Tonne Kohlen durchschnittlich 41 Prozent mehr als im Jahre 1894 erzielte, der Jahreslohn der Bergarbeiter dennoch in der gleichen Zeit nur um 27 Prozent gestiegen sei. Auf Konto der gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft hat also das Syndikat seine erhebliche Gewinnvermehrung erzielt, während die Arbeiter mit einem Bettelknochen abgepeißt worden sind. Und wie erst die „Stetigkeit der Preise“ aussieht, davon gibt das Verhalten der größten deutschen Kartelle in der Periode der letzten Wirtschaftskrise ein recht lehrreiches Zeugnis. Da war vor allem das Koks-Syndikat. Für das Jahr 1900 war mit den Abnehmern ein Kokspreis von 14 M. per Tonne vereinbart worden. Als aber das Syndikat sah, wie glänzend die Geschäfte der Hochofenwerke gingen, zwang es die Abnehmer im Oktober 1899, die Lieferungsverträge für 1901 mit denen für 1900 zu verschmelzen, wobei der Preis für 1900 und 1901 auf 17 M., also die Preise von 1900 nachträglich um 3 M. erhöht wurden. Dagegen verstand es das Hoheisenkartell wieder, seine Abnehmer schon zu Anfang 1900 zum Abschluß der Lieferungen für 1901 zu bewegen, so daß, als bald darauf die Krise hereinbrach und die Preise rapid fielen, die Hoheisenverbraucher unanschuldichlich noch die früher diktierten Wucherpreise zu zahlen hatten. Die Folge war, daß die Deroute in der Hoheisen verbrauchenden Industrie um so rascher und vehementer hereinbrach, und daß das Wirtschaftsleben sehr darunter litt. Die Kartelle hatten im höchsten Grade verschärfend auf die Krise gewirkt. Ein ganz ähnliches Beispiel für die „ketige Preispolitik“ konnte man übrigens erst unlängst in den deutschen Blättern lesen, wobei es sich um die Kalkindustrie handelte. Das Kalkbedürfnis in der Industrie und in der Landwirtschaft ist nämlich ein großes, und die Folge davon, daß zahlreiche neue Werke entstehen, die außerhalb des Kalksyndikats gute Preise erzielen. Was tut nun das Syndikat? Es setzt zeitweilig die Preise noch unter das Niveau der außersyndikalischen Koalierung herab, um nur diese aus dem Felde zu schlagen. Der Heißhunger nach Mehrwert läßt

* Dr. Franz Müß. Die älteste deutsche Gewerkschaft. Karlsruhe 1905. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei. Seite 10.

* Max Schippel, Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch. Berlin, Buchhandlung Vorwärts, Seite 1064 u. ff.

eben auch im Kartell der Vernunft und der geregelten Ordnung keine Wege offen.

Diese angedeuteten volkswirtschaftlichen Gefahren, die nun einmal im inneren Wesen des Kapitalismus liegen, und die auszumerzen sich alle Kartellenqueten und Juristentage vergeblich bemühen, sind es aber keineswegs allein, die mittelbar auch den Arbeiter bedrohen. Eine direkte Gefahr für unsere Lebenshaltung und für die gewerkschaftlichen Bestrebungen liegt vielmehr auch in der verstärkten Unternehmerrmacht, die jedes Kartell repräsentiert.

Auch darauf hat Brentano in ausgezeichnete Art hingewiesen, wenn er die Perspektive für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter unter der Syndikatsära wie folgt kennzeichnet:

„Die Arbeiter werden an die einzelnen Betriebe berart gebunden, daß von einer freien Übereinkunft beim Abschluß des Arbeitsvertrags keine Rede mehr sein kann. Wer den Dienst verläßt oder entlassen wird, verliert alle Ansprüche. Es erinnert das an das Verlangen der märkischen Ritterschaft vor 1484, daß fortan kein Bauer ohne Stellung eines Gewährsmannes solle abziehen können, wenn wir finden, daß Vergleute, die mit Hilfe eines gewährten Darlehens ein Haus zu freiem Eigentum sich erworben haben, das Haus nur an einen Bergmann und nur mit Zustimmung des Darlehensgebers verkaufen dürfen. Koalitionsrecht und Zugfreiheit des Arbeiters sind auf diese Weise illusorisch gemacht.“

„Im Gebiete dieser Riesenbetriebe können daher keinerlei Koalitionsvereine aufkommen, weder konfessionelle noch freie. Ja, die Macht, welche die Riesenbetriebe über die von ihnen Beschäftigten erlangt haben, erstreckt sich weit über das Arbeitsverhältnis hinaus. Das Wahlrecht ist ebenso ausgeschaltet wie das Koalitionsrecht. Ja, selbst die Wirtschaftshäuser, die Bäcker, Fleischer, Krämer sind den Beherrschern der Riesenbetriebe unterworfen. Wehe dem, der nicht in allem dem Willen der Machthaber sich fügt; man verbietet den Arbeitern, mit ihm geschäftlich zu verkehren, und alsbald hat der Boykott ihn ruiniert.“

„So sind neue Herrschaften im Entstehen begriffen, in denen die Grundlagen der staatsbürgerlichen Freiheit beseitigt sind. Die Konzentration in immer weniger Riesenbetriebe, die unsere Sozialpolitik mit sich bringt, wird diese Zustände verallgemeinern. Das ist das neue Gesicht, welches die gewerbliche Frage durch unser Hochschutzzollsystem erhält. Es entstehen neue Großbetriebe mit Hunderttausenden von Arbeitern und noch weit mehr unmittelbar Abhängigen; in ihrem Gebiet ist das Reichsgesetz, soweit es den unteren Klassen Rechte zuerkennt, ausgeschaltet; hier ist der Wille der Betriebsinhaber Gesetz. Daß die neuen Herrscher den Konflikt mit der Staatsgewalt nicht scheuen, hat die Sibermiaffäre gezeigt. Werden wir uns die tatsächliche Aufhebung des gemeinen, für alle gleichen Staatsbürgerrechtes gefallen lassen?“

„Wir brauchen nach meiner Meinung angefaßt der durch unsere Sozialpolitik geförderten Zunahme der Riesenbetriebe ein neues Programm für die Regelung des Arbeitsverhältnisses der in ihnen beschäftigten Arbeiter, ein Programm, welches ihre wirtschaftliche, soziale, religiöse und politische Unabhängigkeit sicherstellt.“

Daß zudem der schon gekennzeichnete und heute auf allen Ecken aufgenommene Kampf um höhere Schutzlöhne in den Kartellen den stärksten Rückhalt findet, haben wir bereits betont. An Nahe erscheint es nun noch, ein Gegenwort anzuführen, das Dr. Silberding vor Monaten in der „Neuen Zeit“ ausgesprochen hat und „wonach die Konkurrenz zwischen den Kapitalistenvereinigungen der einzelnen Staaten erscheine, hinter denen nicht nur alle wirtschaftlichen, sondern auch alle politischen Hilfsmittel der Nation stehen.“ Daß dieser Kampf ausgefochten werden soll auf Kosten der Lebenshaltung und des Lohnes der Arbeiter, dafür bieten die Vorgänge sowohl in den deutschen Kapitalistenvereinigungen wie in den österreichischen Unternehmerverbänden einen trefflichen Beweis, wovon nur das bekannte Zirkular der Fachgruppe der Wiener Maschinen- und Metallwarenfabrikanten angeführt zu werden braucht, die jeder Lohnforderung von vornweg Widerstand entgegenzusetzen erklärten. Und hinter den Arbeitern, die so mit dem wachsenden Druck der Unternehmervereinigungen zu rechnen haben, stehen keine Prohibitivzölle, die sie vor Lohnunterbietungen durch fremde, eingewanderte Arbeiter schützen, wie das durch die Zollmauern für unsere Industriellen geschieht. Soll das Interesse der Arbeiter gegenüber dem wachsenden Einfluß und der steigenden Macht des Kapitals, die durch die allenthalben operierenden Kartelle bedingt werden, wirksamen Schutz erhalten, der ein Zurückdrängen in die frühere Ohnmacht verhindert, dann muß jene von uns längst aufgestellte Hauptforderung, die auch vom Sektionschef Dr. Klein am Innsbrucker Juristentag vertreten wurde: vollständige Koalitionsfreiheit, mit allem Nachdruck wiederholt werden. „Wirksamster staatlicher Schutz gegenüber ungerechtfertigten Preissteigerungen“, von dem Klein's Resolutionsantrag spricht, läge wohl auch in einer Aufhebung der Zölle für die kartellierten Industrien, wengleich auch Georg Bernhardt im „Plutus“ meint, daß sich dagegen die Kartelle durch internationale Vereinbarungen helfen würden. Der Weg zu letzteren würde wohl demnach nicht so ohne weiteres gefunden werden, wenn man erwägt, daß hier mancherlei spezielles Interesse einzelner Produktionsgruppen zu überwinden wäre. Allein auf diesem Gebiet ist wohl unter den heutigen Umständen ein staatliches Eingreifen am wenigsten zu erwarten. Was aber geschehen kann, ist der feste organisatorische Zusammenschluß der arbeitenden Klassen, wozu das gleiche Recht wie für die Unternehmer verlangt werden muß. Der Konzentration des Kapitals, die nun einmal als geschichtlich notwendiger Prozeß erfolgt, muß die

Zusammenschließung aller Kräfte der wirtschaftlich Schwachen parallel gehen, um eine wirksame Gegenwehr gegen die schädlichen Wirkungen der Kartellpolitik zu finden. Die Arbeiterklasse ist kein Don Quixotte, der gegen Unabwendbares nutzlos kämpft. Sie hat bloß ihre Kräfte zu sammeln und ihr Rüstzeug zu erproben, um im rechten Augenblick für die Kämpfe, die ihrer harren, gewappnet zu sein! —ll.

Aus der Schweiz.

Unser Schweizer Korrespondent schreibt uns unterm 1. d. M.:

Der Schreinerstreik, der im verflorenen Sommer von unseren organisierten Kollegen in Bern durchgeführt wurde und der 23 Wochen lang, nämlich vom 6. März bis 12. August dauerte, hat sich noch nachträglich zu einer großen Staatsaffäre ausgewachsen.

Die Regierung des Kantons Bern legte dem Großen Räte (Landtag) einen längeren Bericht vor über alle die Schmerzen, die ihr, insbesondere ihrer Polizeidivision und der städtischen Polizei der Streik bereitet habe. Die treibenden Kräfte dabei waren der Schreinermeisterverein und der Handwerks- und Gewerbeverein der Stadt Bern, die zunächst die städtische Polizeidivision scharf machten; diese ihrerseits übertrug die Scharfmacherei auf den Statthalter (Bezirksamtman) des Bezirkes Bern, der seinerseits wieder die kantonale (staatliche) Polizeidivision scharf machte. Natürlich drehte es sich dabei um den tatkräftigen Schutz der Herren Streikbrecher, um die Verhinderung des Streikpostensiehens und um die mehr oder weniger gewalttätige Niederschlagung des Streiks. Zu diesem Zwecke logen die beiden Meisterorganisationen das Blaue vom Himmel herunter über die arge Bedrängnis der edlen Streikbrecher, über die Bedrohung der Freiheit der Arbeit, über Ausschreitungen der Streikenden, um so den Erlaß einer Streikverordnung durch die Kantonsregierung zu erlangen, durch die der kleine Belagerungszustand über Bern verhängt wurde. Hand in Hand mit den Scharfmachereien der Meisterorganisationen ging die städtische Polizei, deren unteren Organe die verlogenen Berichte über die Haltung der Streikenden fabrizierten, um zum Erlaß der ersehnten Streikverordnung beizutragen. Die kantonale Polizeidivision sträubte sich anerkennenswerterweise lange gegen die ihr gestellte Zumutung, aber endlich Mitte Mai entschloß sie sich zum Entgegenkommen, und am 18. Mai faßte sie folgenden Beschluß:

Der Regierungsrat des Kantons Bern, gestützt auf Art. 89 der Staatsverfassung, zum Schutze der öffentlichen Ruhe und Ordnung (1) sowie der persönlichen Freiheit der Bürger, beschließt:

1. Alle Ansammlungen und öffentlichen Umzüge im Amtsbezirk Bern, welche mit dem ausgebrochenen Schreinerstreik in Zusammenhang stehen, sind untersagt.

Die Verhinderung von Arbeitern an der Ausübung ihres Berufs, sowie der Versuch dazu mit Drohungen oder anderen Mitteln sind untersagt.

2. Widerhandlungen gegen die Ziffer 1 hiervon werden mit Gefängnis bis zu drei Tagen bestraft. Wer solche Widerhandlungen begeht, ist zu verhaften. Landesfremde werden nach ausgestandener Haft ausgewiesen.

3. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs bleiben vorbehalten.

Diese Verordnung tritt sogleich in Kraft und ist dieselbe in Bern durch Anschlag zur Kenntnis der Bürger zu bringen.

Von dem Erlaß dieser Verordnung ist dem Großen Räte gemäß Art. 89 Staatsverfassung Kenntnis zu geben.

Daß der Streikpostensiehens, die Besetzung der Streikenden, die Demonstration durch Umzüge verboten und so alle Garantie für den Sieg der Unternehmer und für die Niederlage der Arbeiter gegeben. Die öffentlichen Beamten hatten sich wieder einmal als die Handlanger des Unternehmertums erwiesen, die skrupellos die in ihren Händen befindliche Staatsmacht einseitig und parteiisch zugunsten der einen Partei, der Meisterpartei mißbrauchten.

Der Große Rat des Kantons Bern beschäftigte sich an drei Tagen mit dem Bericht der Regierung und der ganzen Angelegenheit. Sehr interessant war dabei die Äußerung des bürgerlich-radikalen Kommissionsreferenten Wähler: „Der Streik ist längst erledigt, wir haben weiter nichts zu tun, als vom Bericht der Regierung Kenntnis zu nehmen; der Große Rat kann die Sache nunmehr als erledigt betrachten; wenn die Vertreter der Arbeiterschaft, die sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, nicht da wären, so wäre die Angelegenheit ohne weiteres erledigt.“ Das ist der große Jammer der schweizerischen Geldsackpolitik im ganzen Lande, daß nun überall die gehafteten Arbeitervertreter da sind und die Interessen der Arbeiter gegenüber den Interessen des Unternehmertums und der ganzen bestehenden Klassen wahrnehmen, während die Herrschaften früher immer unter sich waren und alles als interne Familienangelegenheiten still und ruhig abmachen konnten, wobei sie immer sehr gut wegkamen und die Arbeiter mit Füßen getreten wurden.

Die Arbeitervertreter nahmen sich denn auch der Arbeiter ganz energisch an, verfolgten die Lilgengewebe der Unternehmerorganisationen und der städtischen Polizei bis in ihre letzten Schlupfwinkel, um sie an den Pranger zu stellen und zu brandmarken. Dabei enthielt unser Genosse Zgraggen aus den der bezüglichen Kommission des Großen Rates vorgelegten Akten, daß der Justizdirektor (Justizminister) Simonin selbst davor nicht zurückschreckte, die Richter gegen die Streikenden scharf zu machen,

namentlich gegen einen mißtreibenden deutschen Kollegen, dessen gerichtliche Bestrafung gewünscht wurde, um ihn dann ausweisen zu können. Der Liebe Mühe war jedoch umsonst; der auf Grund verlogener Polizeiberichte angeklagte gehäpste Ausländer mußte nicht nur freigesprochen werden, der Richter sah sich auch noch bemüht, ihm eine Entschädigung von 60 Fr. zuzusprechen.

Das Ergebnis der dreitägigen Streitdebatte war die Annahme des Antrags eines konservativen Patriziers mit 119 gegen 18 Stimmen, die Regierung möge den Entwurf zu einem Streikgesetz vorlegen. Durch die Schaffung eines Streikgesetzes nach dem Muster der verscharrten deutschen Zuchttausvorlage soll die Möglichkeit gegeben werden, in Streitzeiten jeden Augenblick vorgehen zu können, ohne erst durch besondere Aktion eine Streikverordnung erlassen zu müssen.

Bei dem nackten Klassenparlament der Bourgeoisie einschließlich der Bauern im Kanton Bern ist am Zustandekommen eines Streikgesetzes kaum zu zweifeln. Die demokratische Republik bildet dafür kein Hindernis, denn sie hat es noch zu allen Zeiten den herrschenden, bestehenden Klassen gestattet, in schandbarster Weise die beschlossenen Klassen zu unterdrücken.

Vor zwei Jahren machten auch im Kanton Luzern die Scharfmacher den Versuch, ein Antistreikgesetz zu schaffen und der Große Rat beschloß mit Mehrheit einen bezüglichen Auftrag an die Regierung. Diese lehnte es jedoch entschieden und mit sehr guten Gründen ab, den Unternehmern zuliebe ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter zu schaffen und so war der Versuch der Scharfmacher mißlungen. Natürlich existiert der Kanton Luzern heute noch ohne das Antistreikgesetz, genau so, wie das Deutsche Reich ohne das Zuchttausgesetz noch besteht.

Im übrigen waren alle Antriebe und Maßregeln der Berner Unternehmerorganisationen, der städtischen und der staatlichen Polizei vergeblich, nach 23wöchiger Dauer des Streiks mußten die Schreinermeister doch einlenken, den Gehilfen Arbeitszeitverkürzung, Lohnherabsetzung und einen Tarifvertrag gewähren und so denselben den Triumph des Erfolges zugeföhren. Gätten sie das gleiche Entgegenkommen von Anfang an bewiesen, wäre der ganze Streik, die große Aufregung und die empfindliche Schädigung aller Beteiligten vermieden worden. Ob die Berner Unternehmer daraus lernen werden?

Die mehr als 800 Lohn- und Streikbewegungen des Jahres 1905 haben zum Schluß auch noch das Projekt eines allgemeinen schweizerischen Scharfmacherverbandes nach dem Muster des deutschen Arbeitgeberverbandes gezeitigt. Ein Initiativkomitee von Fabrikanten und Kaufmännischen Unternehmern hat ein Geheimgirfular verfaßt, in dem unter Hinweis auf „die Übergriffe der Arbeitervereine in die Rechte der Arbeitgeber“ die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeitgeber aller Berufsarten zu einem starken Verband betont wird, der „rein defensiven Charakter“ haben soll. Ausschreibung, schwarze Liste, die Gründung einer Streikkasse sollen die „harmlosen“ Kampfmittel dieses unschuldigen Scharfmacherverbandes sein. Im Januar soll die konstituierende Versammlung desselben abgehalten werden. Wir hoffen, dieses Vorgehen der Scharfmacher wird die besten Rückwirkungen auf die Weiterentwicklung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung haben.

Auffallend ist der Scharfmacherplan nur insofern, als bereits im schweizerischen Gewerbeverein mit seinen 36000 Mitgliedern alle Unternehmerorganisationen zu einem scharfmachenden Zentralverband zusammengeschlossen sind, an dessen Spitze der Berner Schuhfabrikant und Scharfmacher Schwegler steht. Wahrscheinlich ist er den extremen Unternehmern nicht genug. Unter den Initianten für den neuen Scharfmacherverband befinden sich als Vertreter der Holzindustrie der Winterthurer Partetteriefabrikant Bilgsteiner, der, ein geborener Württemberger, sich zu einem schweizerischen Scharfmacher entwickelt hat.

Noch vor Weihnachten wurde in Neuenburg nach mehrwöchiger Dauer der Schreinerstreik mit dem Erfolg der Arbeiter beendet. Der seit Wochen währende Streik der Schreinergehilfen in Sitten, dem Hauptort des allerfrömmsten katholischen Kantons Wallis, ist auch in das Jahr 1906 hinübergegangen.

Der Schweizerische Holzarbeiterverband hat sich inmitten der vielen und heftigen Kämpfe des verflorenen Jahres prächtig entwickelt, er zählt heute über 5000 Mitglieder und gehört damit neben dem über 10000 Mitglieder zählenden Schweizerischen Metallarbeiterverband mit zu den stärksten Gewerkschaftsverbänden in der Schweiz. Es geht vorwärts!

Zur Geschichte der französischen Bau-schreinerbewegung.

II.

b. Im Jahre 1882 wurde die Anzahl der Gewerkschaft der Bau-schreiner des Seine-Departements auf 1500 geschätzt. In diesem Jahre stellten die Organisationen die Forderung einer Erhöhung der Stundenlöhne von 70 auf 80 Cts. (von 56 auf 64 Pf.), Aufhebung der Alfordarbeit, vierzehntägliche Lohnzahlung und Achtstundentag. Die Unternehmer ließen die Forderungen der Arbeiter unbeantwortet; es brach der Streik aus, zuerst in einzelnen für diesen Zweck herausgesuchten Werkstätten. Ende Juni wandten sich Vertreter der Organisation veruchsweise an einen Unternehmer, um mit ihm über die Forderungen zu verhandeln. Schimpfworte und Schläge wurden ausgetauscht, die Unterhändler der Arbeiter auf Veranlassung des Meisters polizeilich

fiziert. Auf dem Polizeiposten mußten die Verhafteten freilich sofort freigegeben werden, weil es sich herausstellte, daß der Meister und nicht die Gehilfen provoziert hatten. Wegen Berufserklärung einiger anderer Bauerschreiner wurden neun Mitglieder der Streikkommission zu je 15 Tagen Gefängnis und solidarisch zu 600 Fr. Schadenersatz und zur Einrückung des Urteils in drei Zeitungen verurteilt. Eine neue Streikkommission wurde eingesetzt und die Verurteilten mit 8 Fr. (8,40 Mk.) im Tage während der Zeit ihrer Haft unterstützt. Im August wurde der Streik allgemein, und er dauerte bis in den Oktober. In jenem Monat hatte die Stadtverwaltung ihre Lohnliste einer Revision unterzogen und den Lohn der Bauerschreiner mit 8 Fr. (8,40 Mk.) im Tage festgesetzt, ferner für Überstunden einen 50prozentigen Lohnzuschlag und für die Nachtarbeit den doppelten Lohnsatz zugestanden. Hierauf wurde der Streik für beendet erklärt, doch gelang es nicht, von den Privatunternehmern den städtischen Stundenlohn zu erzielen. Auch heute gilt der Lohn von 8 Fr. für Bauerschreiner eher als Höchst- wie als Mindestlohn. Aber das Pariser Gewerbegericht legt bei Lohnunterschieden den Satz von 8 Fr. seinen Urteilen zugrunde, falls nicht ausdrücklich andere Abmachungen, die von beiden Parteien unterzeichnet sind, vorgelegt werden können. Eine Wirkung des Streiks war eine stärkere Heranziehung bearbeiteter Hölzer, wie Türen, Fenster usw., aus der Provinz, was zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit führte. Während des Streiks wurde eine der üblichen Resolutionen zugunsten der Produktivgenossenschaften gefaßt und eine Art Werkzeugversicherung im Falle des Verbrennens desselben bis zum Betrag von 40 Fr. (82 Mk.) eingeführt.

Bis zu diesem Zeitpunkt herrschten in dem Kreise der Organisation sozialistische Ideen, die auch zum offiziellen Anschluß an die Arbeiterpartei führten. Von da ab drangen anarchistische Ideen in diese Gewerkschaft. Bei der von Anarchisten veranlaßten Arbeitslosendemonstration am 9. März 1888 wurden die fünf Leiter der Bewegung, ausnahmslos Bauerschreiner, verfolgt und zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Auch sonst war eine Anteilnahme an anarchistischen Bestrebungen festzustellen, was zu einer Spaltung in der Fachorganisation führte. Es kam zu heftigen Konflikten, auf die wir nicht näher eingehen. Der Pariser Gemeinderat bewilligte der Organisation Anfang 1884 3000 Fr. (2400 Mk.) zur Entsendung von drei Mitgliedern nach Schweden, Norwegen und Dänemark, um die Gründe der Einführung bearbeiteter Hölzer zu studieren. In ihrem im Jahre 1885 erschienenen Berichte machten sie Mitteilungen über die Organisation und die maschinelle Einrichtung der skandinavischen Holzbearbeitungsbetriebe, über die Handelsgebräuche und auch über die Lage der Bauerschreiner in jenen Gegenden. Im Jahre 1885 erschienen acht Nummern eines vierzehntäglichen Fachblattes, das aber nachher sein Erscheinen einstellen mußte. Im Jahre 1886 stellte die Organisation auf der Pariser Arbeiterausstellung dank einer städtischen Unterstützung von 18000 Fr. (10400 Mk.) einen Salon in Nußholz aus, der in einer eigens zu diesem Zwecke eingerichteten Werkstätte bei achtstündiger Arbeitszeit und einem Stundenlohn von 1 Fr. (80 Pf.) von sechs bis acht Schreibern während sechs Monaten hergestellt wurde. Der offizielle Bericht des französischen Arbeitsamtes über die Gewerkschaften, dem wir diese Angaben entnehmen, behauptet, die städtische Unterstützung wurde nicht ausschließlich für die Ausstellungsarbeiten verbraucht, ein Teil diente, eine Anzahl anarchistischer Führer während mehrerer Monate zu erhalten. Ein anarchistischer Gastwirt erhielt erhebliche Beträge, so daß jeder Anarchist, welchem Beruf er auch angehörte, dort essen konnte. Tatsache ist, daß die Stadtverwaltung im Jahre 1887 die zu jener Zeit 7000 Fr. (6600 Mk.) betragende Unterstützung für Fachkurse einstellte, weil diese Gelder angeblich der anarchistischen Propaganda dienten. Die Kurse wurden hierauf eingestellt. Jedenfalls ist festzustellen, daß die Mitgliederzahl dieser Organisation in jenen Jahren außerordentlich stark zurückging, was einerseits dem Anarchismus, andererseits der zu jener Zeit starken Agitation für die Produktivgenossenschaften zuzuschreiben ist.

Im Juni 1888 begann man eine neue Fachorganisation zu gründen, die „Union syndicale des ouvriers menuisiers du département de la Seine“ („Gewerkschaftsunion der Schreiner des Seine-Departements“). Als Aufgaben der Organisation wurden bezeichnet, Klarheit zu schaffen über die Ursachen des Pauperismus in den verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse, das Studium der Gründe dieses sozialen Krebsübels, Diskussion der Lohnfragen und ihre Folgen, politische und berufliche Bildung in technischen und praktischen Unterrichtskursen, Einfluß auf die Wahl in die Gewerbegerichte, häufige Versammlungen und Vorträge. Die Organisation sollte auf Sektionen, die zusammen die Gewerkschaftsunion bilden sollten, beruhen, und zwar sollte in jedem Bezirk von Paris und in jeder Gemeinde des Seine-Departements eine Sektion vorhanden sein. Das Zentralkomitee sollte aus je einem Vertreter der Sektionen gebildet werden. Mitglieder von Produktivgenossenschaften, die Nichtmitglieder als Arbeiter beschäftigten, sollten ebenso wenig wie selbständige Unternehmer zur Organisation zugelassen werden. Das Eintrittsgeld war mit 40 Pf., der Monatsbeitrag mit dem gleichen Betrag festgesetzt. Es begann eine lebhaftere Agitation und eine starke Mitgliederzunahme. Man gründete eine Werkstätte der Union, in der 15 Mitglieder Beschäftigung finden konnten; aus derselben entwickelte sich nachher eine Produktivgenossenschaft. Eine Reihe von Fachkursen wurde eingerichtet. Durch gerichtliches Eingreifen wurde die Organisation gezwungen, ihre Grundlage in Sektionen aufzugeben, was zur Folge hatte, daß sich eine der bisher bestandenen zehn Sektionen im Jahre 1895 als selbständige

Gewerkschaft auftrat. Auch diese Organisation erhielt für ihre Fachkurse eine wenn auch mäßige Unterstützung vom Handelsministerium, die übrigens im Laufe der Zeit erheblich vermindert wurde.

Im Jahre 1888 hatte die alte anarchistische Gewerkschaft einen Streik anderer Bauarbeiter unterstützt und gleichzeitig Lohnforderungen aufgestellt. Eine Reihe von Werkstattperrern wurde verhängt und in sieben Betrieben die Arbeit eingestellt. Da aber diese Organisation bei den Berufskollegen kein Ansehen genoß, hörte nach halbmonatiger Dauer die Bewegung auf. Ein Zwischenfall ereignete sich am 18. August; 50 Streikende erschienen vor einer Werkstätte, um die Niederlegung der Arbeit zu erzwingen; vier Streikende wurden festgenommen, zwei von ihnen zu einem Monat und zehn Tagen Gefängnis, einer zu 25 Fr. Geldstrafe verurteilt, einer wurde freigesprochen. Diese Organisation konnte auf keinen grünen Zweig kommen; trotz aller Reorganisationsversuche zählte sie Ende 1902 nicht mehr als 90 Mitglieder. Sie litt auch darunter, daß im Jahre 1896 ein neuer Organisationsversuch der Bauerschreiner sich seines Namens bemaßtigte. Diese neue Organisation, die es im Jahre 1898 auf 650 bis 700 Mitglieder brachte, begnügte sich mit einem Eintrittsgeld von 20 Pf. und einem Monatsbeitrag von 40 Pf. Rechtsschutz, Werkzeugversicherung und erst in dritter Linie die Einwirkung auf die Löhne wurden als die Aufgabe der Organisation betrachtet. Ende des gleichen Jahres wurde eine weitere Organisation gegründet, die sich freies Syndikat nannte und sich gar mit einem Mitgliedsbeitrag von 20 Pf. im Monat begnügte. Sie stand unter flexivalem Einfluß, beschäftigte sich bloß mit Krankenunterstützung und Arbeitsvermittlung. Sie zählte Ende 1902 227 Mitglieder.

Im Jahre 1898 brach ein allgemeiner Bauarbeiterstreik aus, zu dem eine von 5000 Bauerschreibern besuchte Versammlung Stellung nahm. Sie forderte von den Privatunternehmern die von der Stadt Paris anerkannten Löhne, den Achtstundentag, die Stellung der Werkzeuge durch den Unternehmer, die Aufhebung der Abzüge von Versicherungsbeiträgen, die Abschaffung der Akkordarbeit, die vierzehntägliche Lohnzahlung, die Einführung einer viertelstündigen Pause am Nachmittag ohne Lohnabzug usw. Man schlug den Unternehmern den Abschluß eines Tarifvertrags vor, um die Bezahlung zweimal im Monat neben der Abschaffung der Stückarbeit und der Aufhebung der berufsmäßigen Arbeitsvermittlung, der Anwendung der städtischen Preisliste für fünf Jahre, die Ungültigkeitserklärung aller Arbeitsverträge mit ungünstigeren Arbeitsbedingungen, Bezahlung von zwei Stunden für die Herbeischaffung der Werkzeuge beim Eintritt und Austritt aus dem Arbeitsverhältnis, Bezahlung der Werkzeuge im Brandfall, Sonntagsruhe, täglichen Abzug der Versicherungsbeiträge zu erzielen. Die Unternehmer begünstigten sich, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Beschäftigung aufzufordern, indem sie versprachen, jede Maßregelung zu unterlassen. Eine Versammlung der Streikenden beantwortete dies mit der Aufforderung an den Vorsitzenden des Pariser Gemeinderats, die Einhaltung der städtischen Preisliste bei allen denjenigen Unternehmern zu fordern, die von der Stadt Paris Arbeiten übernommen haben. Der Vorsitzende des Gemeinderats suchte zu vermitteln, die Unternehmer weigerten sich aber, zu erscheinen. Nach vierzehntägiger Dauer mußte der Streik, an dem 4000 bis 5000 Arbeiter teilgenommen hatten, wegen Mangels an Mittel eingestellt werden. Streikunterstützung wurde nur denjenigen bezahlt, die es unbedingt notwendig hatten, und zwar 56 Pf. für jedes Mitglied der Familie. Ein Ergebnis des Streiks war aber, daß die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Union auf 477 anwuchs, aber im Jahre 1899 bis auf 40 zurückging. Für die Arbeit der Weltausstellung erhielt sie einen Auftrag in der Höhe von 25000 Fr. (20000 Mk.), der aber nicht ausgeführt werden konnte, so daß auf diese Arbeit verzichtet werden mußte. Für ihre Unterrichtskurse erhielt die Organisation im Jahre 1902 eine städtische Unterstützung von 1000 Fr. (800 Mk.). Die Zahl der Mitglieder ging sehr zurück, Ende 1902 zählte sie nur 190 Mitglieder, durch die Vereinigung mit der nichtanarchistischen Gewerkschaft stieg die Mitgliederzahl auf 400.

Neben den erwähnten Organisationen gab es noch einige Zweigorganisationen, Krankenkassen und zahlreiche Versuche von Produktivgenossenschaften, so daß Überfluß an Ursachen der Zerplitterung vorhanden war. Zu diesen kamen noch die Streitigkeiten der politischen Arbeiterbewegung, die gleichfalls eine Zusammenfassung der Mitglieder in hohem Maße erschwerten. Rechnet man noch die Folgen dieser Erscheinung, die mangelnde gewerkschaftliche Schulung, die ununterbrochenen Zwistigkeiten unter den Mitgliedern, die lächerlich geringen Beiträge, die Unmöglichkeit, die Mitglieder in Notlagen, selbst bei Streiks zu unterstützen, hinzu, so erklärt sich der traurige Zustand dieser Organisation vollkommen.

Soziales.

„Machen Sie sich von der Partei los!“

Dem Berliner Gewerkschaftshaus ist voriges Jahr die Hypothek entzogen worden, die ihm bei seiner Errichtung von der Landesversicherungsanstalt Berlin gewährt worden war. Der Vorsitzende der Versicherungsanstalt, Dr. Freund, wurde nun von den Arbeitervertretern wegen dieser Maßregelung interpelliert. Er gab darauf folgende Erklärung zu Protokoll:

Das Gewerkschaftshaus habe sich, entgegen den Versicherungen, welche bei Bewilligung der Hypothek gegeben wurden, allmählich zu einem Stützpunkt für die sozialdemokratische Organisation herausgebildet, und auf dem

letzten Parteitag sei die Parole ausgegeben worden: Gewerkschaft und Partei sei eins. Die Verquickung der Gewerkschaften mit einer Partei, die gerade in letzter Zeit immer mehr ihren revolutionären Charakter betonte, welche insbesondere die monarchische Staatsverfassung entschieden bekämpfte und ihre Vernichtung erstrebe, schließe irgendwelche Förderung der gewerkschaftlichen Bestrebungen durch die Behörden vollkommen aus. Dieser Standpunkt sei für jeden Beamten unverrückbar, möge man auch für die Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lebenshaltung nach Möglichkeit zu verbessern, volle Sympathie haben. Die Arbeiter müßten eben alle Konsequenzen der Verquickung ihrer Bestrebungen mit Parteibestrebungen tragen.

Die Arbeitervertreter sind diesem „Freund“ die gebührende Antwort nicht schuldig geblieben. Es ist aber auch ein starkes Stück, welches sich der Vorstand der Landesversicherung da erlaubt hat. Nachdem alle sonstigen Mittel nicht verfangen haben, die dahin zielen, einen Interessengegensatz zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu konstruieren, versucht man es jetzt mit einem Druck auf den Geldbeutel. Diese Taktik, die den Erpressungsparagrafen, so wie er in neuerer Zeit gegen Gewerkschaftsführer ausgelegt wurde, bedenklich streift, kann niemals den gewünschten Erfolg haben. Die Arbeiter müßten ausgemachte Narren sein, wenn sie die Vertretung ihrer Interessen den bürgerlichen Parteien übertragen wollten, die stets im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit auf die Seite des Kapitals getreten sind. Ebenso unsinnig wie das Verlangen, sich den bürgerlichen Parteien anzuschließen, wäre es, wenn man von den Gewerkschaftlern verlangen wollte, daß sie sich um die Politik überhaupt nicht kümmern sollen. Die politische Neutralität ist für einen Menschen mit gesunden fünf Sinnen ein Ding der Unmöglichkeit; durch die Macht der Tatsachen wird er gezwungen, sich politisch zu betätigen. Und der Arbeiter, der offenen Auges die politischen Vorgänge betrachtet und sieht, daß stets und ständig nur allein die Sozialdemokratie die Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten wahrnimmt, muß notwendig Sozialdemokrat werden.

Angesichts dieser Verhältnisse ist es geradezu lächerlich, zu verlangen, daß die Arbeiterschaft für das Einsengerecht einer billigen Hypothek auf ihre politischen Rechte verzichten soll. Dazu kommt, daß die schlauen Ratgeber ihrerseits durchaus nicht daran denken, auf die politische Betätigung zu verzichten; im Gegenteil, durch die Zurückziehung der Hypothek üben sie einen politischen Akt aus, der rechtlich in keiner Weise zu billigen ist. Die Gelder der Versicherungsanstalt stammen zu einem sehr erheblichen Teil von Sozialdemokraten. So wenig der Vorstand nach der politischen Gesinnung der Beitragszahler fragt, so wenig dürfte er sich bei der Darlehensgewährung von politischen Gesichtspunkten leiten lassen.

Herr Dr. Freund und seine Kollegen im Vorstand der Landesversicherungsanstalt hatten bei ihrem Beschluß keine glückliche Hand; das Berliner Gewerkschaftshaus wird auch ohne die fragliche Hypothek bestehen können, und der plumpe Besuch, Partei und Gewerkschaften zu trennen, wird die beiden Zweige der modernen Arbeiterbewegung erst recht eng zusammenschweißen.

Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter zehn Jahren hat der Bundesrat erlassen. Der Reichstanzler teilt in einer Bekanntmachung folgende näheren Bestimmungen mit:

Die Ausnahmen gelten nur für gewisse, genau angegebene Arbeiten und sind nur vorübergehend, nämlich bis zum 31. Dezember 1908, zugelassen. Die Kinder müssen das neunte Lebensjahr vollendet haben und dürfen nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens sowie nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden. Es ist ihnen eine zweistündige Mittagspause und eine einständige Pause nach dem Nachmittagsunterricht zu gewähren. Die Ausnahmen betreffen unter anderem die Spielwarenindustrie, die Knopfbearbeitung, Strickerei und Weberei, Papierindustrie, Strohflechterei, Herstellung künstlicher Blumen, Bearbeitung von eisernen Kurzwaren, Zubereitung von Fischchen, Glasbläselei vor der Lampe, Herstellung von Zündholzschachteln usw. Auf Großbetriebe, wo elementare Kräfte zu Triebzwecken verwendet werden, finden die Ausnahmen keine Anwendung.

Der neunstündige Arbeitstag bei der Eisenbahn. Die Berliner Korrespondenz meldet: Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat die tägliche Arbeitszeit in den Haupt- und Nebenwerkstätten der preussisch-hessischen Staatsbahnverwaltung auf neun Stunden herabgesetzt. In den Eisenbahndirektionsbezirken Berlin, Frankfurt a. M., Magdeburg und Posen, wo alle Einrichtungen für die Kürzung der täglichen Arbeitszeit getroffen sind, ist der neunstündige Arbeitstag mit dem 2. Januar dieses Jahres eingeführt worden. In den übrigen Direktionsbezirken soll die Neuerung gleichfalls eingeführt werden, sobald feststeht, daß nach den örtlichen Verhältnissen irgendwelche Bedenken gegen die Einführung des neunstündigen Arbeitstags nicht vorliegen.

Arbeiter als Geschworene. Auf der Liste der Geschworenen in Leipzig für das Jahr 1906 sind diesmal zwei Arbeiter, ein Markthelfer und ein Stellmacher, verzeichnet. Das sächsische Justizministerium hat vor kurzem ausdrücklich den Wunsch geäußert, daß auch Arbeiter zu dem Ehrenamt der Geschworenen und Schöffen herangezogen werden. Dem hat man nun allerdings in recht mäßigem Umfang entsprochen.

Von der Fabrikinspektion. In Württemberg ist mit der Schaffung der Stelle eines vierten Gewerbeinspektors vom 1. Januar 1906 die Neuerteilung der Gewerbeinspektion in vier Gewerbeinspektionsbezirke vorgenommen worden. Danach sind in Württemberg nunmehr in der Gewerbeaufsicht folgende Beamten tätig:

- I. Bezirk: Gewerbeinspektor Baurat Berner, Gewerbeassessor, Gewerbeinspektionsgehilfe Stert.
- II. Bezirk: Gewerbeinspektor Baurat Hochstetter, Gewerbeassessor Gros, Gewerbeinspektionsgehilfe Pfohmann.
- III. Bezirk: Gewerbeinspektor Hardegg, Gewerbeassessor Huzel, Gewerbeinspektionsgehilfe Müller.
- IV. Bezirk: Gewerbeinspektor Honold, Gewerbeassessor Fischer, Gehilfe Bötz.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar 1906 den angegebenen wöchentlichen Lokalbeitrag zu erheben: Münder a. D. 5 Pf., Prenzlau 5 Pf., Treuen 5 Pf., Adlershof 15 Pf., Düsseldorf 25 Pf. und Fürth von weiblichen Mitgliedern 10 Pf.

Die Zahlstelle Starnberg erhält die Genehmigung, ab 1. Januar 1906 einen Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Monat zu erheben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 208871 Herrmann Otto, Tischler, geb. 5. 6. 86 zu Appach. 240318 Gottlob Rogler, Drechsler, geb. 28. 4. 77 zu Weilheim. Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Korrespondenzen.

Düsseldorf. In zwei Versammlungen der Sektion der Modellschreiner beschäftigte man sich auch mit der in Aussicht genommenen Möbelschreinerkonferenz. Anfänglich vertrat man hier die Meinung, daß auch eine Konferenz nicht als Allheilmittel betrachtet werden könne, da doch die Modellschreiner nur in größeren Industriestädten dominieren, ihnen daher Mittel zur Agitation sowie Rat und Hilfe von den zum Teil recht großen Zahlstellen ausreichend zur Verfügung stehen, wenn solche gewünscht werden. Vor allem müssen auch die Modellschreiner die Ausbreitung und Festigung ihrer Organisationen selbst in die Hand nehmen. Es sind jedoch in verschiedenen Einsendungen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Ansichten und Stimmen zum Ausdruck gebracht worden, die wohl einer Klarstellung und Besprechung bedürfen. Wir halten das Stattfinden der bereits einberufenen Konferenz für nützlich und hoffen, daß die Zusammenkunft der Berufscollegen mit dazu beitragen wird, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern.

Esslingen. Hier hat schon vor längerer Zeit eine Zahlstelle des Verbandes bestanden, die jedoch an der Unzulänglichkeit der Kollegen zugrunde ging. Verschiedene Versuche des Gauvorstandes, die Zahlstelle aufs neue zu gründen, waren zunächst erfolglos, doch ist es mit Hilfe von inzwischen zugewanderten Verbandsmitgliedern gelungen, im letzten Sommer hier festen Fuß zu fassen. Die Arbeitszeit beträgt in der Regel 11 Stunden täglich bei einem Tagelohn von 2,50 bis 3,20 Mk. Im vergangenen Sommer haben die Maurer und Zimmerer mit ihren Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, der ihnen ohne Kampf neben anderen Vorteilen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden brachte. Wenn die Holzarbeiter fest zusammenhalten, dann muß es ihnen ein Leichtes sein, die gleichen Vorteile zu erzielen.

Eschwege. Die Peitschenmacher, die meist an kleinen Orten beschäftigt sind, bilden noch immer einen Hemmschuh für die Organisation. So auch in Eschwege, wo die Arbeiter anderer Berufe mittels ihrer guten Organisation sich wirtschaftliche Vorteile erkämpfen haben, stehen die Peitschenmacher noch auf derselben Stufe. Und ihre Lage ist doch gewiß elend genug. In den meisten Fabriken wird hier 10 Stunden täglich gearbeitet, in den Peitschenfabriken ist die 11stündige Arbeitszeit üblich. Auch die Löhne sind in dieser Branche niedriger als in anderen Berufen. Wir agitieren schon jahrelang für Anschluß an den Verband, doch mit wenig Erfolg. Die Kollegen erklären uns, solange die Agitation nicht für die Peitschenmacher ganz Deutschlands betrieben werde, habe auch der Beitritt der Eschwegener Peitschenmacher keinen Zweck. Wir ersuchen nun die Verwaltungen aller Zahlstellen, uns Peitschenmacher beizugehen zu lassen. Falls Material genügend einläuft, werden wir selbige zu einem Bericht in der Zeitung zusammenfassen, um damit die Agitation zu fördern. Denn mehr Agitation ist auch bei den Peitschenmachern notwendig.

Freiburg i. Br. Der Hofsorbmöbelfabrikant Emil Merkle maßregelte einen seiner verheirateten Arbeiter wegen dessen politischer und gewerkschaftlicher Agitation. Herr Merkle glaubt, daß bei ihm die richtigen Verhältnisse herrschen; er möchte seine Leute am liebsten nur im Sommer beschäftigen, und zwar von morgens um sechs bis abends ins Unendliche. Vergangenen Sommer weigerten sich die Arbeiter, diese Ausbeutung noch länger zu dulden, sie machten aber trotzdem jeden Tag eine Überstunde von Ende April bis Mitte August. Die tägliche Arbeitszeit währte von morgens 6 bis 12 Uhr mittags und von 1 bis 7 Uhr abends mit je einer kleinen Pause, also 12 Stunden. Für die Überstunden gab es auch nicht einen Pfennig Vergütung. Bei dieser Arbeitszeit meinte Herr Merkle Wunder was er für Löhne zahlte, wenn einige Arbeiter es auf 24 Mk. in der Woche brachten. Jetzt nach Weihnachten könnte jeder zu Hause bleiben, damit Herr Merkle keine Arbeitslöhne zu zahlen braucht. Besonders schneidig tritt der Sohn, Herr Emil Merkle jun. auf, dem es gar nicht darauf ankommt, seine Arbeiter als Simpel und dumme Leute hinzustellen. Die Geduld bei den Korbmachern wird ja auch mal aufhören; vielleicht erinnern sie sich, daß sie es sind, die den Korbfabrikanten ihr Vermögen schaffen. Es diene dies einem jeden Kollegen zur Kenntnis, wenn Herr Merkle im Frühjahr wieder Arbeiter sucht.

Freising. Der Einigkeit unter den hiesigen Kollegen ist es zu danken, daß wir neuer einen so schönen Erfolg bei der Verbesserung unseres Lohn- und Arbeitsverhältnisses erzielen konnten. Leider haben die in der Maschinenfabrik von Otto Schüllein beschäftigten Schreiner bisher noch nicht die richtige Lehre hieraus für sich gezogen und sich ebenfalls organisiert, um die traurigen Löhne etwas zu bessern. Beträgt doch der Durchschnittslohn für Schreiner in dieser Fabrik nur 32 Pf., dabei ist Spetzel-Ischerei und Denunziation an der Tagesordnung. Am Wirtschaftlich schimpft natürlich ein jeder ordentlich über die Hungerlöhne und miserablen Zustände in der Fabrik, ist aber dabei zu feige, zur Verbesserung mit Hand anzulegen. Diese Kollegen sehen stillschweigend zu, wenn der Unter-

nehmer am Weihnachtsabend organisierte Kollegen, welche sich anschlössen, den Boden zur Besserung der Zustände zu ebnen, in brutalster Weise auf das Pflaster wirft. Den Arbeitern der Maschinenfabrik rufen wir zu: „Wollt ihr, daß euer trauriges Los gebessert wird, dann Mann für Mann hinein in den Verband!“ Die Schreiner ersuchen wir, die Maschinenfabrik von Otto Schüllein zu meiden.

Fronmern bei Balingen. Nach einem Vortrag des Kollegen Waldenmayer aus Reutlingen wurde hier die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. Von 28 in der hiesigen Möbelfabrik beschäftigten Kollegen waren 20 in der Versammlung anwesend. 16 Mann ließen sich sofort in den Verband aufnehmen, und ist zu erwarten, daß auch die übrigen bald dem gegebenen Beispiel folgen.

Hainichen i. S. Die Firma Julius Kühnemann sucht in auswärtigen Zeitungen Drechsler und Holzbildhauer. Wir bitten die Kollegen, auf dieses Gesuch nicht hereinzufallen, denn die Holzbildhauer befinden sich seit dem 24. Dezember im Streit, und Drechsler werden nach unserer Überzeugung auch nicht gebraucht; hat doch Herr Kühnemann erst am 29. Dezember einen Kollegen wegen einer Lüge, wie es Herr Kühnemann nannte, Knall und Fall entlassen. Um weiteren Entlassungen vorzubeugen, bitten wir die Kollegen aller Branchen, Hainichen zu meiden oder sich erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. Durch den Streit der Holzbildhauer müssen schon vier Kollegen, und zwar zwei Tischler und zwei Maschinenarbeiter, acht Tage vorläufig feiern. Zur Illustration der mittelalterlichen Verhältnisse möge dienen, daß bei Herrn Kühnemann zum Beispiel jeder Arbeiter, so unglücklich es auch klingt, pro Woche 2 Pf. Fenstersteuer bezahlen muß; dabei wird noch, wenn einmal einer das Malheur hat, eine Scheibe zu zerbrechen, verlangt, daß er dieselbe bezahlt. — Kollegen, haltet den Zuzug nach Hainichen fern.

Lage. Wir müssen die Kollegen dringend bitten, das Umschauen zu unterlassen und sich uneres Arbeitsnachweises zu bedienen. Durch das Umgehen des letzteren schädigen die Kollegen sich selbst und die Organisation. Zu rügen ist auch, daß einzelne Kollegen nach Schluß unserer Versammlungen Wirtschaften besuchen, in welchen Arbeitgeber verkehren, und dort das, was in den Versammlungen besprochen wurde, an die große Glocke hängen. Wir rufen denjenigen, die es angeht, zu, besuchet die Versammlungen, unterlasset das Umschauen und seid verschwiegen.

Mühlheim a. D. In der hiesigen Uhrenfabrik sind etwa 30 Kollegen beschäftigt, von welchen jedoch nur sehr wenige organisiert sind. Die einheimischen Kollegen sind meist im Besitz eines verschuldeten Häuschens und etwas Ackerland und kümmern sich um nichts. Dem Verband wollen sie nicht beitreten, weil ihnen der Beitrag zu hoch ist. Bei diesen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen viel zu wünschen übrig lassen, Hoffentlich werden die Bemühungen des Vertrauensmannes, die Kollegen für die Organisation zu interessieren, im neuen Jahre von Erfolg gekrönt.

Oberrehnheim i. Elbass. Es hat ziemlich lange gedauert, bis der gewerkschaftliche Gedanke unter den Arbeitern des Elbass Wurzel geschlagen hat, aber wir können nun konstatieren, daß es vorwärts geht. Die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen haben es vermocht, das Mißtrauen zu überwinden, welches von interessierten Kreisen gegen die Gewerkschaften nachgerufen und gepflegt wurde. Die hiesigen Holzarbeiter haben noch eine Arbeitszeit von elf bis zwölf Stunden täglich bei Stundenlöhnen von 18, 20 bis 22 Pf. Von ihrer Lebenshaltung kann man sich daher leicht ein Bild machen, wenn man bedenkt, daß die seither schon hohen Preise für die notwendigen Lebensmittel ständig weiter steigen. Für die Not der Arbeiter hatte die Geistlichkeit, die sich hier sonst um alle möglichen und unmöglichen Dinge kümmert, kein Verständnis. Die Herren Abbes predigten den ausgebeuteten Arbeitern nach wie vor Duldung, Entbehren, Fasten und Kasteien, auf daß es ihnen im Jenseits um so besser gehe. Als aber die seither so getreuen Schäfchen fanden, daß sie genug geduldet und entbehrt hatten, und daß es Zeit sei, ein wenig an sich selbst und an die Not in der Familie zu denken, als sie den ersten Schritt zur Besserung ihrer Lage taten, indem sie ihren Gehalt in den Deutschen Holzarbeiterverband wollten, da war sofort Feuer im Dach. Der „Oberrehnheimer Anzeiger“, dem man nachsagt, daß er sich geistlicher Mitarbeit erfreut, brachte ein schauerliches Klagegedicht. Es ist aber auch gar zu schrecklich! Seit Jahr und Tag mühte man sich ab, eine christliche Gewerkschaft zu gründen, aber vergeblich, denn die Oberrehnheimer haben vermutlich von den Heldentaten der Christen in Ebln und in anderen Orten gehört und erkannten den Wolf im Schafspelz. Trotzdem es der Herr Abbe so gern gesehen hätte, kam eine christliche Zahlstelle nicht zustande. Um so schneller fanden die Arbeiter sich bereit, dem Deutschen Holzarbeiterverband beizutreten. Besonders betrüblich es den guten Pfarrer, daß die organisierten Arbeiter (auch die Textilarbeiter und Metallarbeiter haben hier Zahlstellen gegründet) ihm mit solchem Mißtrauen begegnen und sich seine Quereitigkeiten energisch verbitten. Er nennt den Beitritt zu den Organisationen einen verhängnisvollen Schritt; von seinem Standpunkt aus nicht mit Unrecht, denn die Arbeiter dürften nunmehr wohl seinem Räte, zu hungern und zu entbehren, keinen Geschmack mehr abgewinnen. Wenn sie sich aber bewußt werden, daß es möglich ist, sich eine bessere Lebenshaltung zu erkämpfen und zu diesem Zwecke der Organisation beitreten und deren treue Mitglieder bleiben, dann haben sie nicht nur sich selbst und ihren Familien einen Dienst erwiesen, dann wirken sie auch im Interesse der Allgemeinheit als Kulturpioniere.

Deynhausen. Es wäre zu wünschen, daß die hiesigen Kollegen bald ihre Bauheit abschütteln, da ihnen doch genügend bewiesen wurde, daß nur durch die Organisation bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Leider gibt es hier noch eine Anzahl Verbandsmitglieder, die es nicht für erforderlich halten, die Versammlungen zu besuchen. Das darf so nicht weiter gehen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen hier noch viel zu wünschen übrig; die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, in einem Betrieb sogar 10 1/2 Stunden, und viele Kollegen müssen Samstags mit 12 bis 15 Mk. nach Hause gehen. Bei solchen Verhältnissen ist es nicht möglich, ein menschenwürdiges Leben zu führen, zumal die Lebensmittel hier ebenso teuer sind wie in der Großstadt. Es ist schwer zu begreifen, daß die Kollegen

nicht stärker aufgerüttelt werden, wenn sie im Sommer die Schar der Kurgäste sehen, die hier herrlich und in Freuden leben. Klebt doch Arbeiterschweiß an dem Gelde, welches die Herrschaften hier vergeuden. — Besser als die Arbeiter verstehen es die Unternehmer, ihre Interessen wahrzunehmen. Das geht deutlich aus einem Rundschreiben hervor, welches die Möbelfabrikanten Nordwestdeutschlands an ihre Kundschaft versandt haben. In diesem Rundschreiben, welches von 36 Firmen, darunter sieben Deynhauser, unterschrieben ist, wird ab 1. September 1905 ein Preisaufschlag von 5 Prozent angekündigt, der neben der Verteuerung der Rohmaterialien insbesondere mit wesentlicher Lohnerhöhung und der vielfach eingetreteneren Verzögerung der Arbeitszeit begründet wird. Bisher haben die Deynhauser Tischler von diesen angeblichen Vorteilen nichts gemerkt. Wenn sie etwas für sich erreichen wollen, dann müssen sie zuvor einig sein. Leider wird die Einigkeit gestört durch die Existenz der christlichen Sonderorganisation. Die Unternehmer sind klüger; sie haben eine Organisation, welche ihre Interessen vertritt, und es fällt ihnen nicht ein, einen christlichen Arbeitgeberverband zu gründen. Öffentlich gehen auch den hiesigen Holzarbeitern noch die Augen auf und treten Mann für Mann dem Deutschen Holzarbeiterverband bei. Den fremden Kollegen empfehlen wir, Deynhausen nicht zu sehr zu überlaufen und sich für alle Fälle zuvor bei der Lokalverwaltung zu erkundigen, ehe sie sich um Arbeit umsehen. Den hiesigen Kollegen aber rufen wir zu, agitiert fleißig, besuchet die Versammlungen regelmäßig, überlaßt nicht alle Arbeit der Lokalverwaltung, damit auch hier bessere Verhältnisse Platz greifen.

Kadolfzell. Die Bau- und Möbelschreiner von Hugo Hammer gleicht einem Taubenschlag, und seit längerer Zeit geht kein Arbeiter ohne Reklamation dort fort. Als die traurigen Zustände kürzlich in einer Versammlung zur Sprache gebracht wurden, wurde eine Kommission bestimmt, die bei Herrn Hammer vorstellig werden sollte. Dieser junge Herr fand es jedoch angemessen, der Kommission gegenüber sich in einer Weise über die Gewerkschaft auszulassen, die seine Bildung in einem eigenartigen Stiche erscheinen läßt. Herr Hammer hat sich anscheinend unter dem Einfluß seiner „besseren Hälfte“ vorgenommen, die organisierten Arbeiter auf die Straße zu werfen. Er rühmt sich, daß wir ihm mit der Organisation niemals bekommen können; diesen Anspruch sollen sich unsere Kollegen zu Herzen nehmen und durch unablässige Agitation dahin wirken, daß unser Verband auch hier in die Lage versetzt wird, zu gelegener Zeit seine Kraft zu beweisen. — Auch Herr Schreinermeister Himmel fängt an, Verbandsmitglieder zu maßregeln. Er entließ auf Weihnachten einen Kollegen, weil angeblich keine Bauarbeit mehr vorhanden ist, dabei hat er noch acht Tage zuvor Leute auf Bauarbeit eingestellt. — Kollegen, haltet zusammen, besuchet fleißig die Versammlungen, damit wir jederzeit auf dem Posten sind. Die Zureisenden bitten wir, nicht unzufahren, sondern sich zunächst beim Bevollmächtigten im Gasthaus zum Baum zu erkundigen.

Stettin. (Drechsler.) Zum Abschluß des letzten Jahres hielt es die örtliche Branchenleitung für zweckmäßig, eine Statistik aufzunehmen. Die Fragebogen, die einen ganz unpersonlichen Charakter trugen, da sie namenlos eingefordert wurden, umfaßten zehn leicht verständliche Fragen. Von etwa 60 in Frage kommenden Kollegen beteiligten sich 50 an der Erhebung (ohne Bredon, wo für uns noch einige Kollegen, welche auf dem „Bullau“ beschäftigt sind, in Betracht kämen, die ihrer „gehobenen Stellung“ halber es wohl nicht für angebracht hielten, unserer Einladung zu folgen). Von den Beteiligten sind sämtliche Kollegen bis auf zwei in der Holzbranche beschäftigt, wo sie mit verschwindenden Ausnahmen Massenartikel herstellen. Im Holzarbeiterverband sind 42 Kollegen organisiert, im Gewerbeverein Städt.-Dunder 1 Kollege, 7 sind unorganisiert, verheiratet sind 29, ledig 21. Insgesamt sind von den Beteiligten 90 Familienmitglieder zu ernähren. Die Krankheitsdauer betrug bei 10 verheirateten Kollegen 29 Wochen und bei 5 ledigen Kollegen 15 Wochen. Arbeitslos waren 9 Verheiratete im ganzen 1 Jahr 8 Wochen und 5 ledige 1 Jahr 5 Wochen. Im Alford arbeiten 30 Kollegen, im Loh 15 Kollegen, wo es 6 Kollegen. Die Arbeitszeit beträgt für 30 Kollegen 60 Stunden, 6 arbeiten 59 1/2 und 7 Kollegen arbeiten 57 Stunden wöchentlich. Der Höchstverdienst beträgt 28 Mk., der Mindestverdienst 16 Mk. Im Durchschnitt wird 21,55 Mk. pro Woche verdient. Hilfsarbeiten müssen 22 Kollegen verrichten, davon müssen 20 ihr Holz selbst heranziehen und 2 selbst zureichten. Bei Alfordarbeit wird eine besondere Vergütung hierfür nicht gewährt. 15 Kollegen müssen zum Teil Werkzeug und Kleinmaterial stellen, die jährliche Ausgabe hierfür beträgt im Durchschnitt 2 Mk. Auf Kraftbetrieb arbeiten in 8 Betrieben 48 Kollegen, auf Fußbetrieb in 2 Werkstätten 2 Kollegen. Die paar Zahlen führen schon für den kleinen Kreis von Berufscollegen eine deutliche Sprache. Während der Verdienst seit den letzten statistischen Erhebungen derselbe geblieben ist, sind die Lebensmittelpreise namentlich im letzten Jahre rapid in die Höhe gegangen. Den verheirateten Kollegen ist mit wenigen Ausnahmen nur dann eine Existenzmöglichkeit geboten, wenn die Frau zum Unterhalt beiträgt. Dies müßte doch gewiß jeden Kollegen zum Nachdenken veranlassen. Nicht besser wie bei uns wird es auch anderorts aussehen. Leider müssen wir immer wieder bekennen, daß ein gut Teil Schuld die Kollegen selbst trifft. Wollen wir für uns bessere Existenzbedingungen schaffen, so müssen wir zunächst überall Material zusammentragen; denn wenn auch vereinzelt schon die ersten Schritte getan wurden, so kann es doch nie etwas Ganzes werden, wenn nicht die Berufscollegen allerorts und namentlich dort, wo die Drechsler einen größeren Prozentsatz unter den Holzarbeitern bilden, diesem Rufe folgen. Wir können nur wünschen, daß das kommende Jahr mit einer regeren Agitation wie bisher einsetzt.

Silberbrunn. In dem hier benachbarten Wagerstrotz wohnt ein sehr frommer Tischlermeister namens Karstens, welcher sechs Lehrlinge und zeitweise auch sechs Gesellen beschäftigt. Früher wurden in der Werkstätte des Sonntags Disziplins- und sonstige religiöse Versammlungen abgehalten, jetzt hat sich Herr Karstens bei der Ausbeutung seiner Lehrlinge und Gesellen so weit emporgearbeitet, daß er sich ein großes Haus bauen konnte mit einem Saale, den er nur für religiöse Zwecke zur Verfügung stellt. Den Gesellen werden auch öfters Sammelkisten für religiöse Zwecke vor-

gelegt; da steht der Meister oben mit 5,50 Mk., dann kommt der Werksführer mit 2,50 Mk., die Gesellen legen dann notgedrungen mitunter auch ihr Scherlein zu, mit Ausnahme einzelner, die als reudige Schafe betrachtet werden. Zu diesen gehörte auch der Kollege B., der seit 12 Jahren bei Karstens in Arbeit stand, sich jedoch nie an diesen religiösen Veranstaltungen beteiligt hat und insolgedessen allgemein bei den dortigen Bauern als Sozialdemokrat verzeichnet war. Da der Kollege Familienvater ist, so fiel es ihm zuletzt schwer, eine Wohnung zu bekommen, er hat sich deshalb im vorigen Frühjahr mit Hilfe von Verwandten ein kleines Haus gekauft. Vorher nahm er aber Rücksprache mit Herrn Karstens, welcher ihm erklärte, er solle es ruhig kaufen, er könnte bei ihm arbeiten, solange er wollte. Der Kollege B. hatte volles Vertrauen zu dem frommen Herrn und leitete sich auf diese Art fest an die Scholle. Er traute ihm nicht zu, daß er ihn am Weihnachtsabend, wo an allen Enden der Welt den Menschen Frieden gepredigt wird, wo jeder Familienvater im Kreise seiner Familie sich freuen soll, auf die Straße werfen würde. Und doch hat Herr Karstens diese Tat wahrer christlicher Liebe vollbracht. Und was hat ihn veranlaßt, seine zur Schau getragene Frömmigkeit so in das rechte Licht zu rücken? Der Kollege hatte das furchtbare Verbrechen begangen, sich dem Verband anzuschließen. Herr Karstens hat, wie er sich anderen Personen gegenüber äußerte, lange Jahre Ruhe und Frieden in seiner Werkstätte gehabt, nun wurde der Friede mit einem Male unterbrochen, indem sich in Süderbrarup eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes gebildet hat, um solche Zustände, wie sie in dieser Werkstätte noch vorhanden sind, einer Reform zu unterziehen. Wird doch dort noch 11 Stunden gearbeitet bei einem Höchstlohn von 10 Mk., auch die Verheirateten bekommen denselben Lohn und die Kost; zu schlafen gestattet Herr Karstens ihnen großmütigst bei ihrer Familie, ledige Gesellen beherbergt sein christliches Haus. Daß diese Zustände reformbedürftig sind, wird wohl Herr Karstens bei etwas Nachdenken auch zugeben müssen. Herr Karstens hat sich noch geäußert, daß er nichts dagegen gehabt hätte, wenn der Kollege B. allein in den Verband eingetreten wäre, aber daß er die übrigen Kollegen auch dazu überredet habe, das mußte exemplarisch bestraft werden, das war echt christlich! Nun, Herr Karstens wird mit der Zeit auch einsehen lernen, daß er sich dem Maße der Zeit auch nicht auf die Dauer entgegenstemmen kann. Was in unserer Macht liegt, soll getan werden, um auch jene Kollegen von ihrem Winterschlaf zu erwecken, die für Herrn Karstens zur Ausbeutung noch in Betracht kommen.

Zittau i. S. Anlässlich der bevorstehenden Konferenz der Modelltischler sei es gestattet, darauf hinzuweisen, daß im hiesigen Bezirk die Modelltischler mit dem recht dürftigen Durchschnittslohn von 25 Pfennig pro Stunde sich bescheiden müssen bei elfstündiger Arbeitszeit (wöchentlich 65 Stunden). Die in Zittau vorhandenen neun engeren Berufskollegen stehen, mit geringen Ausnahmen, der Organisation noch gänzlich fern, während es in letzter Zeit durch rege Agitation gelungen ist, unter der Mehrzahl der übrigen Kollegen für die Organisation erfreuliche Fortschritte zu erzielen. Die Modelltischler aber, welche zumeist in den hiesigen Maschinenfabriken tätig sind und selbst nach länger als 25-jähriger Arbeitsleistung an einem Orte mit einem Wochenlohn von 14 Mk. sich zufrieden geben, diese Leute über die Zwecke und Ziele der Organisation aufzuklären, ist natürlich ein schweres Stück Arbeit, es soll aber doch noch einmal der Versuch dazu unternommen werden. Da seitens eines hiesigen Unternehmers in nächster Zeit Modelltischler nach hier gesucht werden dürften, muß bis auf weiteres vor Zugang dringend gewarnt werden. Betreffender Unternehmer braucht Leute und rechnet auf Arbeitswillige von außerhalb, welche für 25 Pf. pro Stunde arbeiten sollen.

In der Privatklagesache des M. A. Wittich in Neu-Isenburg, vertreten durch Rechtsanwalt Staedel hier, Privatkläger, gegen 1. Bernhard Schildbach in Offenbach a. M., 2. G. F. Deinhardt in Stuttgart, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Kay hier, Angeklagte, wegen Verleumdung, hat das Gr. Schöffengericht in Offenbach a. M. am 5. Dezember 1905 für Recht erkannt: die Angeklagten 1. Karl Edward Bernhard Schildbach, geboren am 4. Januar 1876 zu Böhmert, evangelisch, ledig, Redakteur in Offenbach a. M., 2. der Friedrich Ernst Deinhardt, geboren am 2. Juli 1872 zu Böbstadt, Redakteur in Stuttgart, sind schuldig des ihnen zur Last gelegten Vergehens gegen §§ 185, 186, 200 des St.G.B. und § 20 des Preßgesetzes, und werden daher zu einer im Uneinbringlichkeitsfall mit je 10 Tagen Gefängnis zu verbüßenden Geldstrafe von je 100 Mk. verurteilt, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens unter Solidarhaft für die Auslagen, einschließlich der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt.

Zugleich wird dem Privatkläger die Befugnis zugesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils innerhalb drei Wochen nach Rechtskraft desselben durch einmaliges Einreichen in 1. der „Offenbacher Zeitung“, 2. des „Offenbacher Abendblattes“, 3. der „Isenburger Zeitung“, 4. der „Holzarbeiter-Zeitung“ in Stuttgart auf Kosten der Angeklagten öffentlich bekannt zu machen. Die Richtigkeit der Abschrift wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Offenbach a. M., den 28. Dezember 1905. (L. S.) Werner, Alt.-Ass. des Gr. Amtsgerichts. Für die Abschrift: G. Staedel, Rechtsanwalt.

Sterbetafel.

- Christian Köhler, Schreiner, geb. 5. März 1884 zu Schwarzenbach, gest. 10. Dezember 1905 ebenda.
- Sabette Engelhardt, Weißstickerin, geb. 8. Mai 1877 zu Rohnburg, gest. 16. Dezember 1905 zu Nürnberg.
- Wilhelm Ruhnert, Schreiner, geb. 28. Dezember 1868 zu Bentowitz, gest. 19. Dezember 1905 zu Nürnberg.
- Gdmund Rolle, gest. 12. Oktober 1905 zu Zittau.
- Martin Streb, Schreiner, geb. 20. November 1852 zu Frankfurt a. M., gest. 14. Dezember 1905 ebenda.
- Hermann Braune, Stuhlauer, geb. 8. Oktober 1863 zu Richzenhain, gest. 6. Dezember 1905 zu Klostergeringswalde.
- Karl Eder, geb. 8. Oktober 1882 zu Schärding, gest. 15. Dezember 1905 zu Chemnitz.

- Katharine Hüber, Poliererin, geb. 3. November 1858 zu Strümpfelbach, gest. 12. Dezember 1905 zu Stuttgart.
- Gottlob Locher, Schreiner, geb. 17. Juli 1840 zu Stuttgart, gest. 14. Dezember 1905 ebenda.
- Friedrich Klenk, Schreiner, geb. 4. Mai 1883 zu Hapfenbach, gest. 13. Dezember 1905 zu Stuttgart.
- Paul Brückner, Tischler, geb. 31. Oktober 1873 zu Peterwitz, gest. 17. Dezember 1905 zu Dresden.
- Johann Gottl. Heinze, Tischler, geb. 22. Februar 1863 zu Wartenberg, gest. 20. Dezember 1905 zu Dresden.
- Robert Julius Schumann, Tischler, geb. 9. April 1854 zu Leipzig, gest. 12. Dezember 1905 ebenda.
- Rudolf Hertel, Tischler, geb. 26. Mai 1853 zu Erfurt, gest. 16. Dezember 1905 zu Jyehoe.
- Wilhelm Hittig, Tischler, geb. 16. Juni 1857 zu Lübben, gest. 21. Dezember 1905 zu Liegnitz.
- Adolf Steck, Maschinenarbeiter, geb. 17. März 1872 zu Stuttgart, gest. 28. Dezember 1905 ebenda.
- Konrad Milchraum, Maschinenarbeiter, geb. 3. Mai 1853 zu Stuttgart, gest. 29. Dezember 1905 ebenda.
- Artur Rudolf, geb. 7. Dezember 1886 zu Görlitz, gest. 19. Dezember 1905 zu Gr. Schöna.
- Andreas Schmoll, Schreiner, geb. 20. November 1879 zu Maiach, gest. 22. Dezember 1905 zu Nürnberg.
- Sigmund Bronner, geb. 13. Juli 1878 zu Reinstetten, gest. 24. Dezember 1905 zu Engen.
- Anton Bartosch, Tischler, geb. 8. September 1877, gest. 29. Dezember 1905 zu Freiburg i. Schl.
- Hermann Müller, Tischler, geb. 14. April 1874 zu Bolkshain, gest. 3. Januar 1906 zu Freiburg i. Schl.
- Franz Vermuth, geb. 22. Juni 1872 zu Heilbronn, gest. 8. Dezember 1905 ebenda.

Ghre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

- Zugung ist fernzuhalten von: Tischlern nach Altensteig (H. Maier sen.), Anklam (W. Oldenbruch), Fischbach im Taunus (Schmidt), Fürstenwalde a. Spree, Geesthacht, Halberstadt, Liegnitz (Tischl.), Mühlhausen in Thüringen, Dels, Briebuz (Schulze), Klostorf (Neptunwerst), Saalfeld (Obermühle), Salzburg; Tischlern und Maschinenarbeitern nach Geln; Schweiz (Genf, Luzern, Sitten); Stuhlauern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Berlinchen; Drechslern nach Bernau (Kücker, Schönewert, Jnh. Flege), Coswig (A. A. Müller Nachf., Jnh. W. Pommitz), Lauterberg (Hillegeist), Schönlanke (P. Zisch), Gummidrechslern nach Cassel (Steinmetz & Knetzsch), Leipzig; Stockdrechslern nach Hamburg, Brüssel; Zelluloid- und Stockarbeitern, Kammachern nach Leipzig (Mendelsohn); Musikinstrumentenarbeitern nach Bamberg (F. C. Neupert), Liegnitz (A. Freitag), Mannheim (Scharf & Jand), Stuttgart (P. Pape); Korbmachern nach Cassel (Hoffmann), Liegnitz (Konehny), Magdeburg, Stettin; Stellmachern nach Eisenach.

In **Saunichen** sind bei der Firma Julius Kühnemann zwei Kollegen, ein Drechsler und Maschinenarbeiter, wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemapregelt worden. Der Betrieb wurde gesperrt.

In **Schönlanke** wurde im Oktober vorigen Jahres in sämtlichen Betrieben, wo Drechsler beschäftigt sind, für diese ein Lohnstarif abgeschlossen. Jetzt, nach kaum drei Monaten, versucht Herr Zisch, der im Oktober erklärte, die Kollegen hätten zu wenig verlangt, den Tarif zu brechen, weil ihm die vereinbarten Preise zu hoch sind. Er kündigt einfach die Drechsler mit der Begründung, er werde sich mit ihnen über die Arbeitskräfte setzen. Die Kollegen wollen mit dem vertragsschließenden Herrn noch ein deutlicheres Wörtchen reden und haben über seinen Betrieb vorläufig die Sperre verhängt.

In **Wiltshemsdorf** hat die Firma Michelson & Reiner (Bürsten- und Pinselabrik) einen Pinselmacher entlassen, der mit zwei kurzen Unterbrechungen 19 Jahre im Geschäft tätig war. Ein Grund wurde von der Firma nicht angegeben, doch haben die Herren durchblicken lassen, daß das Verhalten unseres Kollegen bei den Wahlen ihnen nicht in den Kram paßte; daß auch unsere Organisation, die von neuem dort Fuß faßte, mit beigetragen hat, haben die Herren abgeleugnet. Der Ausspruch des Werkmessers Desserl, der organisierte Arbeiter als Lumpen betrachtet und sie deshalb nicht beschäftigen will, beweist das Gegenteil. Aber abgesehen davon, so ist dies eine Rücksichtslosigkeit von der Firma, einen Familienvater nach 19-jähriger Tätigkeit nach Weihnachten aufs Pflaster zu werfen. Bezeichnend sind die Worte des einen Herrn: „Was ein Weibel sich erlauben darf, das wird auch einem Fabrikanten noch gestattet sein.“ Damit festten sich die Herren über den Fall hinweg. Wir sind überzeugt, daß die Herren damit das Gegenteil erreichen, und unsere Kollegen die Lehre daraus ziehen, daß sie sich noch inniger und fester zusammenschließen müssen, um derartige Übergriffe in Zukunft abwehren zu können. Zugung ist streng fernzuhalten.

In **Salzburg** sind, wie uns von dort geschrieben wird, die Tischler seit dem 16. Oktober ausgesperrt. In den Jahren 1898 und 1899 wurde dort ein langwieriger Kampf um die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden geführt; schließlich wurde vertragsmäßig festgelegt, daß die Mittagspause um eine halbe Stunde verlängert wird. Jetzt wollen die Unternehmer die gewonnene halbe Stunde wieder fortnehmen, um dann Zustände einzuführen, die seit zehn Jahren überwunden sind. Als Antwort auf die Aussperrung fordern die Arbeiter nun den Neinstundentag. Die Unternehmer geben sich alle Mühe, Streikbrecher nach Salzburg zu ziehen; es wird deshalb gebeten, den Zugang von Tischlern streng fernzuhalten.

In **Nancy**, in Lorient und in Neuville-en-Fez streifen seit mehreren Wochen die Möbelschreiner. In Nancy befinden sich seit dem 15. November 26 Schreiner und Bild-

hauer von 30 Beschäftigten einer Fabrik im Ausstand. Sie fordern die Befestigung der Stückerarbeit, einen Minimallohn von 50 Centimes die Stunde, Reduktion der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden und die Befestigung des Aussperrungssystems, wodurch die Arbeiter, die um fünf Minuten zu spät kommen, einen halben Tag verlieren. Die Arbeiter waren genötigt, die Befestigung der Akkordarbeit zu verlangen wegen der fälschigen Preisdrückereien der Firma.

Die Möbelschreiner in Lorient sind gleichfalls seit dem 15. November im Streik. Sie verlangen gleichfalls die Befestigung der Stückerarbeit und eine Lohnerhöhung um 10 Prozent. Beteiligt sind an dem Streik 85 Arbeiter. Bewilligt hat bisher ein Unternehmer.

In **Neuville-en-Fez** streiken 70 Möbelschreiner. Am 20. November traten die Kollegen in einen Abwehrstreik ein wegen Herabsetzung von Akkordlöhnen bis zu 60 Prozent. Es wurde eine Einigung erzielt und die Kollegen nahmen die Arbeit wieder auf. Doch der Unternehmer wollte seine Sache an den Kollegen, die er für die Käßelsführer hielt, nehmen und kündigte diesen. Darauf legten die Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. Sie fordern die Wiedereinstellung der Gemapregelten. Jr.

Aus der Holzindustrie.

Konferenz der Bürstenmacher.

Am 27. und 28. Dezember tagte in Nürnberg die von der Branchenkommission der Bürstenmacher Berlins im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand einberufene Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands. Die Konferenz war von 34 Delegierten besetzt, welche 41 Orte mit 7451 Beschäftigten, davon 2886 im Holzarbeiterverband organisiert sind, vertraten. Auch eine Kollegin war erschienen, Frau Anna Hoffmann aus München, unseres Wissens die erste Delegierte auf einer vom Holzarbeiterverband arrangierten Konferenz. Über die Verhandlungen selbst wollen wir nur ganz kurz berichten, da ja den Bürsten- und Pinselmacherkollegen darüber ohnedies noch ein umfangreiches Protokoll zugehen wird.

Die Tagesordnung der Konferenz lautete: 1. Die allgemeine Lage in der Bürsten- und Pinselindustrie, Referent: Dorn-Nürnberg; 2. Die Heimarbeit in der Bürstenindustrie, Referent: Huber-München; 3. Die Konkurrenz der Straf- und Wohltätigkeitsanstalten, Referent: Schmalbach-Berlin; 4. Tarifverträge, Referent: Dorn-Nürnberg; 5. Agitation und Organisation, Referent: Reibitsch-Stuttgart; 6. Anträge.

Die drei ersten Referate wurden nacheinander entgegengenommen und im Anschluß an dieselben die Berichte der Delegierten über die an ihren Delegationorten herrschenden Organisations-, Arbeits-, Lohn- und sonstigen Verhältnisse gegeben. Dabei wurde von einzelnen Rednern, besonders aus dem Schwarzwald und dem Erzgebirge ein Bild des schlimmsten Glends entrollt. Da bleibt der Organisation noch viel zu tun, ehe einigermaßen menschliche Verhältnisse geschaffen sind. Aus den Berichten der Delegierten war aber auch zu entnehmen, wie große Fortschritte die Organisationsarbeit in der letzten Zeit gemacht hat. Bezeichnenderweise waren es an vielen Orten, wie ausdrücklich anerkannt wurde, die Tischler, welche durch ihren nie erlahmenden Eifer in der Agitation die Organisation unter den Bürstenmachern gekräftigt haben. Mit lebhafter Freude wurde auch die Mitteilung der Schönheider Delegierten entgegengenommen, daß die Zahl der organisierten Kollegen dort bereits auf 750 angewachsen ist.

Zu den Punkten „Heimarbeit“ und „Die Konkurrenz der Straf- und Wohltätigkeitsanstalten“ wurden Resolutionen angenommen, durch welche die Stellung der Organisation zu der Heim- und Gefängnisarbeit präzisiert wurde. Im Anschluß an das Referat des Kollegen Reibitsch wurde beschlossen, eine Zentralkommission für die Bürsten- und Pinselmacher zu bilden, wie sie ähnlich schon für die Parkettleger, Korbmacher, Stockmacher und Stellmacher geschaffen worden ist. Dieser Kommission soll die Mißbrandkommission angegliedert werden. Als Sitz der Kommission wurde Nürnberg bestimmt. Das Referat über die Tarifverträge mußte wegen Zeitmangel ausfallen. Der Referent, Kollege Dorn, wird dasselbe zu einigen Artikeln für die „Holzarbeiter-Zeitung“ verarbeiten.

Bemerkenswert aus den Verhandlungen ist, daß sich eine ganze Reihe von Rednern unter dem Beifall der Konferenz gegen Staffelleiträge aussprach. Die Meinung der Konferenz zu dieser Frage kam durch Annahme einer Resolution Hammer zum Ausdruck, durch welche Staffelleiträge grundsätzlich abgelehnt werden.

Weiter sprach sich die Konferenz für Befestigung des Kost- und Logiszwanges und für Ausdehnung der Mißbrandverordnung auf die Hausindustrie aus.

Wir sind überzeugt, daß diese Konferenz die Organisation der Bürsten- und Pinselmacher kräftig fördern wird. Und wenn die Kollegen fleißig an dem Ausbau unserer Organisation mitarbeiten, dann kann es auch an den Erfolgen nicht fehlen.

Wieder eine Mißbrandvergiftung. In Nürnberg ist nach einer Mitteilung der „Fränkischen Tagespost“ am 20. Dezember der Vorstanzrichter Klotz, verheiratet, Vater von drei Kindern, an Mißbrandvergiftung gestorben. Der bedauernswerte Mann war in der Pinselabrik der Herrn Schmidt, Adamstraße, beschäftigt, arbeitete bis Montag mittag und war schon Mittwoch abend eine Leiche. Die Erkrankung wurde sofort als Mißbrandvergiftung erkannt, eine Rettung des Arbeiterlebens war aber nicht mehr möglich. Zweifellos handelt es sich wieder um eine Verwendung ungenügend desinfizierten Materials. Das ist das Empörende bei den Mißbrandvergiftungen, man hat die Mittel, die Mißbrandkeime unschädlich zu machen, aber man wendet sie

nicht an, weil es vielleicht un bequem ist und einige Kosten verursacht. Hier soll der Arbeiter sein Leben lassen, als daß man der Industrie Auflagen macht, die den Unternehmern Unbequemlichkeiten verursachen. Solange nicht alles Material mit strömendem Wasserdampf desinfiziert wird, werden die Milzbrandfälle nicht aufhören; das weiß man sehr wohl, trifft aber doch nicht obligatorisch diese Anordnung. Was liegt auch an Arbeiterleben? Arbeiterhände sind ja so billig!

Das Holz wird teurer; dazu trägt neben dem neuen Zoltarif insbesondere die russische Revolution bei. In einem Zirkular, welches eine Essener Firma für Bauholz, Bretter und Fertigfabrikate der Holzindustrie an ihre Kundschaft versendet, heißt es:

„Infolge der russischen Wirren ist die Einfuhr von Hohlbohrerohmaterial aus Finnland und Kronstadt auf absehbare Zeit erschwert beziehungsweise ausgeschlossen. Die Folge davon ist, daß die Fußbodenpreise ab 1. Januar 1906 eine große Preissteigerung erfahren werden, voraussichtlich jeden Monat um 25 Pf. die 100 Quadratfuß. Diese allgemeine Preisbewegung hat sich auch auf die sonstigen Schreinerwaren wie Bretter, Dielen, Rahmen, Treppenmaterial usw. ausgedehnt. Der Preis für Bauholz steigt mit Anfang dieses Jahres voraussichtlich um immerhin 2 Mk. pro Kubikmeter.“

In bezug auf die Wirkungen des Zoltarifs ist in dem Zirkular bemerkt: Zum Schlusse mache ich Sie noch darauf aufmerksam, daß voraussichtlich am 1. April n. J. auch die Löhnepreise eine Erhöhung von zirka 1 Mk. erfahren werden, und zwar infolge der Einbringung des neuen Zoltarifs.

Eine Folge dieser Preissteigerung des Rohmaterials wird sein, daß die Tischlermeister versuchen werden, einen Teil der Last durch Reduzierung der Löhne auf die Arbeiter abzumwälzen, sofern diese nicht durch eine starke Organisation in die Lage versetzt sind, derartige Versuche energisch abzuwehren.

Die Pianofortefabrik Mühlhildt, Akt.-Ges. in Weimar erzielte im Jahre 1904/05 nach Abschreibung von 13716 Mk. einen Reingewinn von 25203 Mk., wovon 24000 Mk. als vierprozentige Dividende verteilt werden; im Vorjahr betrug die Dividende 3 Prozent.

Aus dem französischen Möbelerbeiterverband. In der „Fédération Nationale de l'Ameublement“ finden gegenwärtig zwei Urabstimmungen statt. Die Form der Urabstimmung ist eine andere als die in Deutschland übliche, was darauf zurückzuführen ist, daß der französische Möbelerbeiterverband kein Zentralverband, sondern nur ein Kartell von lokalen Fachvereinen ist. Es werden Fragebogen an die verschiedenen Syndikate, die der Föderation angeschlossen sind, verschickt, die gewöhnlich in den Mitgliederversammlungen diskutiert und durch Abstimmung beantwortet werden. Da meist die Versammlungen nur vierteljährlich stattfinden, so dauert es oft mehrere Monate, bis das Resultat bekannt ist. Die eine Frage, über die entschieden werden soll, ist die Feinerzeit auf dem Kongreß in Toulouse vom Syndikat der Pariser Bildhauer beantragte Gründung einer Streikasse. (Zeit werden die Unterstützungen durch Sammlungen aufgebracht.) Die zweite Frage ist, ob der Sitz der Föderation noch weiter in der Pariser Arbeitsbörse bleiben soll. Seitdem das Ministerium Rouvier am Ruder ist, hat eine systematische Verfolgung der Gewerkschaften Platz gegriffen. Unläßlich eines antimilitaristischen Aufruhrs, der auch von mehreren Mitgliedern der französischen Generalkommission der Gewerkschaften unterzeichnet war, wurde diese und das Zentralorgan, die „Voix du Peuple“ („Volksstimme“) aus der Arbeitsbörse ausgewiesen. Der Pariser Gemeinderat arbeitete ein neues Reglement aus, um die Vorherrschaft der revolutionären Gewerkschaften zu brechen. Die Gewerkschaften lehnten jedoch in einer Versammlung der Delegierten das Reglement einstimmig ab. Seitdem verfuhr nun Herr von Selves, der Seinepräfect, durch alle Mittel die Gewerkschaften mürbe zu machen, was ihm aber bisher vorbeigegangen ist. Eine Reihe von Organisationen beschloß deshalb, aus der Arbeitsbörse auszuweichen. Es würde der Würde einer Klassenorganisation der Arbeiter unpassend, wenn sie sich den unverschämten Zumutungen der Regierung einfach dadurch entzöge, daß sie auf alle Subventionen und Vorteile verzichtet und ihren Sitz aus der Arbeitsbörse verlegt. Allerdings wäre dann wohl eine Beitragserhöhung nötig, was aber kein Hindernis sein dürfte. Jr.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Fortschritte.

Die deutschen Gewerkschaften haben im vergangenen Jahre unter dem Einfluß der umfangreichen Lohnbewegungen wie der Aussperrungen Erfolge erzielt, die selbst die des Jahres 1904 in den Schatten stellen. Auch die Mitgliederzahlen sind erheblich gestiegen. Wir wollen nur einige Zahlen dafür anführen, soweit sie in den Verbandsorganen der betreffenden Gewerkschaften angegeben worden sind, bemerken aber, daß nach unserer Kenntnis der Verhältnisse der Entwicklungsgang in den meisten übrigen Gewerkschaften im letzten Jahre ein gleich günstiger war. Die größten Erfolge hat wohl der Metallarbeiterverband erzielt, denn die „Metallarbeiter-Zeitung“ hatte am Jahreschluß eine Auflage von 265 300 erreicht, gegen 207 500 am Schlusse des Jahres 1904, was eine Zunahme der Mitgliederzahl um rund 57 800 in einem Jahre bedeutet. Der Maurerverband dürfte eine ähnlich günstige Entwicklung genommen haben. Hat sich doch die Auflage des „Grundstein“ von 140 000 auf 175 000, also um 35 000 erhöht. Der Holzarbeiterverband hat im Jahre 1905 um mehr denn 25 000 Mitglieder zugenommen. Die Auflagezeit der „Holzarbeiter-Zeitung“ stieg von 107 000 auf 132 500, die Mitgliederzahl des Verbandes dürfte am Jahreschluß eher höher sein, wenigstens blieb die Auflageziffer am Schlusse des zweiten wie des dritten Quartals 1905 um ein Erhebliches hinter der damaligen Mitgliederziffer des Verbandes zurück. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ berichtet allgemein, daß der Bergarbeiterverband im

Jahre 1904 Zehntausende neuer Mitglieder gewonnen habe. Nach dem großen Bergarbeiterstreik hatte sich die Auflage der „Bergarbeiter-Zeitung“ bekanntlich von 90 000 auf 155 000, also um 65 000 Exemplare erhöht. Der „Courier“, das Organ des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes, steigerte seine Auflage im letzten Jahre um 50 Prozent, von 40 000 auf 60 000 Exemplare. Entsprechend der Auflage dürfte die Mitgliederzahl gewachsen sein. Auch der Schuhmacherverband hat eine günstige Entwicklung genommen. Das „Schuhmacher-Fachblatt“ hat am Jahreschluß eine Auflage von 30 000 Exemplaren erreicht, und da die Auflage ungefähr der Mitgliederzahl entspricht, so hat der Verband im Jahre 1905 um mehr denn 6000 Mitglieder zugenommen. Die Auflage der „Fachzeitung für Schneider“ ist im vergangenen Jahre von 24 200 auf 30 700 gestiegen, und die Mitgliederzahl dürfte die 30 000 nahezu erreicht haben, hat sich jedenfalls um 5000 bis 6000 erhöht. Ebenfalls hat der Steinarbeiterverband weit über 5000 Mitglieder gewonnen, die Auflage des „Steinarbeiter“ ist auf 17 800 gestiegen. Ähnlich günstig lauten die Angaben über die Mitgliederzahlen aus einer Reihe kleinerer Organisationen. So vermehrte der Stukkateurverband seine Mitgliederzahl um 2600, von 5800 auf 8200, der Glaserverband steigerte seine Mitgliederzahl von 4221 auf rund 5000, der Gärtnerverband von 3100 auf 4500. Der „Maschinist und Heizer“, das Organ des Maschinisten- und Heizerverbandes, erhöhte im letzten Jahre seine Auflage von 11 250 auf 15 000 Exemplare, also um 3750 Exemplare.

Die Gewerkschaften können mit ihren Erfolgen im Jahre 1905 jedenfalls zufrieden sein. „Nun aber weiter...“ ist unsere Losung auch im neuen Jahre.

Das vierzigjährige Bestehen des Tabakarbeiterverbandes wird vom „Tabakarbeiter“ in einem „Vierzig Jahre Kampf“ überschriebenen Artikel gefeiert. Die im Dezember 1865 gegründete Zigarrenarbeiterorganisation war die erste gewerkschaftliche Zentralorganisation in Deutschland. Es dürfte kaum eine Gewerkschaft geben, worin sich der vierzigjährige Kampf der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen so widerspiegelt wie in der der Zigarrenarbeiterorganisation. Der anfangs schnelle Aufschwung der Organisation wurde durch den Streit der Lassalleaner und Eisenacher, der in die Gewerkschaft übergriff, nicht nur aufgehalten, sondern er drohte die Gewerkschaft fast zu zerrücken. War dies für die Gewerkschaft ein vorübergehender Nachteil, so wurde er für die Allgemeinheit zum Vorteil dadurch, daß die später eingetretene Einigung auch auf die Einigung der politischen Richtungen stark einwirkte. Auch die Wirtschaftspolitik der deutschen Regierung hat neben der politischen Unterdrückung der Zigarrenarbeiter mehr als jede andere Industrie die Heimarbeit dominiert, Frauen- und Kinderarbeit vorherrschend sind. Trotz aller dieser Schwierigkeiten hat sich die Organisation entwickelt und blickt heute auf eine Mitgliederzahl von 25 000, wovon die Hälfte weibliche sind. Ein neuer Schlag droht der Arbeitererschaft dieser Industrie jetzt wieder durch die neue Tabaksteuer. So müssen die Tabakarbeiter den Kampf ununterbrochen auf gewerkschaftlichen und politischem Gebiet führen, ob sie es wollen oder nicht. Bei ihnen kann daher auch die rückständige Auffassung von der Nurgewerkschafterei nie aufkommen. Gerade diese Umstände mögen auch wesentlich dazu beigetragen haben und noch dazu beitragen, daß aus den Reihen der Tabakarbeiter so viele hervorragende politische Kämpfer hervorgehen.

Der Buchbinderverband hat seinen Mitgliederstand im dritten Quartal um 1125 erhöht; er zählte am 30. September 17 121 Mitglieder, darunter 6552 weibliche. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des dritten Quartals 294 135,86 Mk.

Der Dachdeckerverband hielt seinen achten Verbandstag in der letzten Dezemberwoche in Braunschweig ab. Im allgemeinen fand die Tätigkeit des Zentralvorstandes Zustimmung. Es soll künftig mehr Wert auf den Ausbau der Arbeitsnachweise gelegt werden. Weiter wurden die Richtlinien festgelegt, nach denen künftig beim Abschluß korporativer Arbeitsverträge gehandelt werden soll. Weiter beschäftigte sich der Verbandstag mit dem Bauarbeiterschutz und nahm den Bericht des Zentralvorstehenden über den Gewerkschaftskongreß entgegen. Von einer Debatte wurde Abstand genommen, weil schon die einzelnen Filialen und Gaue zu den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses Stellung genommen haben. Dagegen wurde nach längerer Debatte über die Maifeier den Mitgliedern die Pflicht auferlegt, überall dort, wo es ohne größere wirtschaftliche Schädigung möglich ist, den 1. Mai mehr als bisher durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern. — Es wurde die Anstellung eines zweiten Vorstandsbeamten und Leistung eines Zuschusses zur Anstellung eines Gaubeamten für Rheinland-Westfalen beschlossen. Das Fachblatt, das bisher halbmonatlich erschien, soll künftig vierzehntägig erscheinen. — Die Beiträge, die bisher nur während der guten Geschäftszeit vom 1. März bis zum 15. Dezember zu zahlen waren, sollen in Zukunft das ganze Jahr hindurch erhoben werden. Die arbeitslosen und arbeitsunfähigen Mitglieder sind jedoch von der Pflicht zur Beitragsleistung befreit. Von den weiteren Statutenänderungen sind hervorzuheben: Jedes neu aufgenommene Mitglied zahlt eine Mark Eintrittsgeld. Die Eintrittsgelder sind durch Marken zu quittieren. Mitglieder, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind und dem Verband wieder beitreten, haben ein Eintrittsgeld von sechs Mark zu entrichten. Als ausgeschlossen wird unter anderem betrachtet, wer mit seinen Beiträgen acht Wochen lang im Rückstand sich befindet, ohne um Stellung nachgesucht zu haben.

Der Fleischerverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 2364 Mitglieder, am Schlusse des zweiten Quartals betrug die Mitgliederzahl 2296.

Der Schuhmacherverband hat über die Dauer der Mitgliedschaft der einzelnen Mitglieder eine Umfrage veranstaltet. Von 259 Filialen haben 250 die Fragebogen ordnungsgemäß ausgefüllt zurückgeliefert. Die Zahl der Mitglieder beträgt 25 256. Davon gehörten 7741 Mitglieder dem Verband noch nicht ein Jahr an, so daß etwa 30 Prozent der Mitglieder die in den Verbänden übliche Karenzzeit für den Bezug der Unterstützungen noch nicht zurückgelegt hatten. Eine Mitgliedsdauer von einem bis einschließlich drei Jahren wiesen 9931 Mitglieder auf, von mehr als drei bis einschließlich zehn Jahren 6510 und von mehr als zehn Jahren 1074 Mitglieder. Die Durchschnittsdauer betrug zwei bis drei Jahre.

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, alljährlich einer Anzahl von Verbandsmitgliedern Gelegenheit zu geben, die vom Reichsamt des Innern arrangierte ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg auf Kosten des Verbandes zu besuchen und die dort arrangierten Vorträge mit anzuhören. Zweck dieser Einrichtung soll die Förderung der Propaganda für einen wirksamen Arbeiterschutz sein, deshalb ist bei der Auswahl der Personen darauf Rücksicht zu nehmen, daß dieselben befähigt sind, die gewonnenen Eindrücke selbständig zu verarbeiten und sowohl in mündlichen Vorträgen als schriftlichen Aufsätzen ihren Kollegen zugänglich zu machen. Die ersten derartigen Exkursionen finden am 5. und 19. März statt.

Die Erwerbslosenunterstützung, welche der Deutsche Metallarbeiterverband auf Grund eines Beschlusses der letzten Generalversammlung eingeführt hat, scheint ein guter Griff gewesen zu sein, denn die Konkurrenzorganisationen des Verbandes sind auf dem Wege, diese Einrichtung nachzuahmen. Im Christlichen Metallarbeiterverband ist die Einführung durch Urabstimmung beschlossen worden, und der Vorstand des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen veröffentlicht in Nr. 51 der „Schmiedezitung“ eine Vorlage betreffend die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, die der nächsten Generalversammlung des Verbandes unterbreitet werden soll.

Eine Tarifgemeinschaft für das gesamte deutsche Steindruckgewerbe soll angestrebt werden. Die Bestrebungen auf Schaffung dieser Tarifgemeinschaft gehen von den Arbeitgebern aus. In der nächsten Zeit soll die Wahl einer aus Gehilfen und Arbeitgebervertretern zusammengesetzten Tarifkommission vorgenommen werden, der die Aufgabe obliegt, eine Grundlage für die Tarifgemeinschaft zu legen.

Der siebte belgische Gewerkschaftskongreß tagte während der Weihnachtstage in Brüssel. Aus dem Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission geht hervor, daß diese nicht über genügende Mittel verfügt, um die ihr zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die Beiträge, welche von den einzelnen Gewerkschaften an die Gewerkschaftskommission abzuführen sind, sind zu niedrig bemessen und gehen auch schlecht ein. Die unbefriedigenden Kassenverhältnisse lassen es auch nicht zu, den Plan, einen festbesoldeten Sekretär anzustellen, zur Ausführung zu bringen. Der Antrag, die Beiträge an die Gewerkschaftskommission von 5 Centimes auf 10 beziehungsweise 15 Centimes pro Mitglied und Jahr zu erhöhen, wurde zwar diskutiert, die Beschlussfassung aber verlagert, weil die Delegierten in dieser Beziehung keine Grundrührung von ihren Organisationen hatten. Beschlossen wurde, daß mindestens die Vorstände der Gewerkschaften zum Abonnement auf das Korrespondenzblatt der Gewerkschaftskommission verpflichtet sind. Auch sollen künftig regelmäßig statistische Erhebungen über den Stand der Gewerkschaften angestellt werden. In einer Resolution wurde die Ausdehnung der gewerblichen Schiedsgerichte auf alle in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigten Männer und Frauen gefordert. Alsdann wurde Stellung genommen zur Revision des § 310 des belgischen Strafgesetzbuches, welcher dem § 153 der deutschen Gewerbeordnung entspricht. Zum Schluß wurde die Schulfrage behandelt und die obligatorische Schulpflicht für alle Kinder vom 6. bis zum 14. Jahre gefordert.

Unternehmerbewegung.

Unternehmerterrorismus.

In den Organen der Scharfmacher stößt man immer wieder auf Klagen über den angeblichen Terrorismus der organisierten Arbeiter. Geht man diesen Klagen auf den Grund, dann läßt sich in der Regel feststellen, daß es sich, sofern überhaupt etwas an der Geschichte ist, um eine maßlose Aufbauschung unbedeutender Vorgänge handelt. Das hindert aber die Herren nicht, immer wieder das alte Lied von dem Terrorismus der Arbeiter anzustimmen, um damit die Aufmerksamkeit von den eigenen Taten abzulenken. Wie die Scharfmacherverbände ihre Berufsgenossen terrorisieren, um sie zum Anschluß zu bewegen, das beweist wiederum der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in G.B.N., der kürzlich ein Flugblatt herausgegeben hat, um die Bauunternehmer im Hinblick auf die bevorstehenden Lohnbewegungen zum Beitritt aufzufordern. Daß in dem Schriftstück über die Arbeiter geschimpft wird, ihnen Streikterrorismus, Unverschämtheit und ähnliche schöne Dinge nachgesagt werden, ist weiter nicht merkwürdig; interessanter ist es, wie denjenigen mit dem Knüttel gewinkt wird, die etwa versuchen wollten, den sanften Überredungskünsten Trotz zu bieten. In dem Flugblatt findet sich folgende Stelle:

„Es leuchtet ein, daß eine starke Vereinigung der Arbeitgeber sehr wohl imstande ist, die wirtschaftlich doch auf sie angewiesenen Händler zum Beitritt zu den Verbänden und zur Unterstützung bei den Lohnkämpfen zu veranlassen. Eine von den Arbeitgebern bei Streiks oder Aussperrungen verhängte Materialen-sperrre ist aber das beste Mittel, um auch die Arbeitgeber indirekt zum Anschluß zu zwingen, die aus Eigensinn, Beständnislosigkeit oder in Verfolg kleinlicher Sonderinteressen der gemeinsamen Sache fernbleiben und die Gebundenheit ihrer Kollegen benutzen wollen, um ihnen in den Rücken zu fallen.“

Wenn Arbeiter in ähnlicher Weise für die Gewerkschaften agitieren wollten, dann würde sich der Staatsanwalt keinen

Augenblick bestimmen, die Betroffenen wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, wegen Nötigung und möglicherweise noch wegen Übertretung anderer Gesetzesparagrafen auf einige Monate hinter schwedische Gardinen zu setzen. Unterehmer brauchen bekanntlich ein solches Vorgehen nicht zu fürchten; sie dürfen ungekränkt die Gesetze verletzen und nach wie vor über den Terrorismus der Arbeiter schimpfen.

Aber trotz der wohlwollenden Duldung ihrer Übergriffe will es ihnen nicht gelingen, ihre Pläne vollständig zur Durchführung zu bringen. Seit längerer Zeit geben sich die Scharfmacher Mühe, eine Streikversicherung der Unterehmerverbände zustande zu bringen, ohne daß dieser Plan bisher gelungen wäre. Es fehlt nämlich am Notwendigsten, dem Gelde. Die Interessenten weigern sich, die notwendigen Garantienmittel bereitzustellen, wahrcheinlich in der Erkenntnis, daß dies bei dem ständigen Wachstum der Gewerkschaften eine recht unsichere Kapitalanlage wäre. Bei dieser Sachlage wurde von den Beteiligten der Plan aufgegeben, Versicherungsunternehmungen zu gründen; man beschränkte sich darauf, Unterstützungsvereine ins Leben zu rufen, die ihren Mitgliedern einen Rechtsanspruch auf Entschädigung nicht einräumen, und behielt sich vor, nach einer Reihe von Jahren, nachdem genügende Garantienmittel und größere Erfahrungen gesammelt seien, auf die Gründung eigentlicher Versicherungsunternehmungen zurückzukommen.

Vielleicht wächst mit der Zeit der Machern an diesen Unternehmungen noch der Mut soweit, daß sie es wagen können, auf die Widerstrebenden mit stärkeren Mitteln einzuwirken. Jedenfalls machen diese Vorgänge im Lager der Unterehmer es den Arbeitern zur Pflicht, unablässig auf den Ausbau ihrer Organisationen bedacht zu sein.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein gefährliches Blatt muß in den Augen der Anklagebehörde das Organ des Hafnarbeiterverbandes sein, denn sie widmet ihm eine große Aufmerksamkeit. Wegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Böring, hat sie auf Grund eines in Nr. 21 enthaltenen Artikels „Wolldampf voraus“ Anklage wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ erhoben. Das gleiche Schicksal traf den Genossen Schlüter, den die Staatsanwaltschaft für den Verfasser des Artikels hält. Weiter ist gegen den Genossen Görlitz wegen „Verurteilung“ und „Beleidigung von Arbeitswilligen“, angeblich begangen in einem Artikel „Die Aussperrung der Hafnarbeiter in Altona“, Anklage erhoben worden. Und schließlich ist auch noch dem Genossen Seidel eine Anklage zugestellt worden. — Die Redaktion des betroffenen Blattes meint zu dieser „Fülle“: „Hoffentlich ist unsere Kompottschüssel nun bald voll!“

Technisches.

Grünbeizen des Holzes.

(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

Es ist etwas anderes, auf das Holz Deckfarben äußerlich auftragen, und etwas anderes, im Holzinne Farben erst durch Beizen hervorzurufen. Das erste Verfahren ist ein rein mechanisches, das zweite beruht auf einem chemischen Vorgang im Innern des Holzes. Ganz speziell kommt bei der Grünbeize noch hinzu, daß hier die von dem Eisenvitriol und dem Gerbstoff im Holze erzeugte chemische Farbbildung auf die Unterfütterung des Sauerstoffgehaltes der Luft angewiesen ist, und daß durch diese aber die Grünfarbe dann auch zu ihrer vollen erreichbaren Kraft und Tiefe entwickelt wird. Einerseits vollzieht sich nun aber dieser oxydierende Einfluß der Luft hier nur ganz allmählich, so daß dem ersten Auffrischen der Eisenvitriollösung nicht auch sofort schon die entsprechende Beizwirkung sichtbar folgen kann. Andererseits läßt sich die Farbentwicklung der einmal aufgetragenen Beize nicht mehr hintanhalten, und die Beize entfaltet naturgemäß die ganze Kraft und Farbtiefe bis zu der höchsten erreichbaren Intensität. Und diese stellt sich selbstredend nur um so energischer ein, je reicherer Masse die Beizlösung aufgetragen ward. Wer also durch allzu verschwenderisches Aufbringen der Beizlösung die chemischen Färbungsprozesse für den Augenblick gewaltsam beschleunigt, statt bei größerer Zurückhaltung und Sparsamkeit erst den Einfluß der Luft abzuwarten, handelt doppelt gegen seine eigenen Interessen. Hier gilt es vielmehr vor allem, nach dem ersten Beizüberstreichen eine angemessene Zeit, etwa 48 Stunden, in Ruhe zuzuwarten. Erst wenn sich auch hier nach noch nicht die gewünschte Farbtiefe eingestellt hat, kann man erneut mit der Beizlösung vorgehen.

Dagegen soll es nicht in Abrede gestellt werden, daß am gerbstoffreicheren Holze und bei Verwendung einer stärkeren Vitriollösung die Aufoxydation schneller zu ihrer Vollendung durchdringt, also eine kürzere Wartezeit erheischt, als dies bei gerbstoffarmen und nur mit schwächerer Vitriollösung behandelten Holzgegenständen der Fall ist. Für gewöhnlich erweist sich indessen je nach dem Gerbstoffreichtum des zu beizenden Holzes und der Tiefe des mit der Beize angestrichenen Grünfarbentons eine Lösung von 20 bis 25 Gramm Eisenvitriol in einem Liter Wasser in allen Fällen als ausreichend. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß für den Verlauf der Beizung auch der Härtegrad des Holzes mitpricht; es erübrigt sich wohl jede eingehende Erläuterung in dieser Richtung, da es jedem ohne weiteres klar sein muß, daß die Beizlösung in hartes, dichtgefügtes Holz nur weit schwieriger und langsamer eindringt, als in ein weiches Holz von mittlerem Dichtigkeitsgrad. Auch von diesem Gesichtspunkt aus will also die Beurteilung der zu einer bestimmten Grünbeize erforderlichen Stärke der Beizlösung sowie der von einer Wiederholung des ersten Beizganges zu gewärtigenden Farbenwirkung jedesmal verschieden gehalten sein. Auch der Salzgehalt des Holzes spielt für die Grünbeize eine wichtige Rolle insofern, als die zweifellos immerhin fettigen Harzstoffe das Eindringen der Beizlösung nicht unerheblich zu erschweren vermögen. Für eine gedeihliche Durchführung der Grünbeize bildet daher die vorausgehende Harzentziehung jedenfalls bei Holzern von größerem Salzgehalt, wie wir dies namentlich von Fisch-Pine wissen, eine letzte unumgängliche Vorbedingung. Nach vollendeter Beizung läßt man dann die Gegenstände zwei bis drei Tage trocknen, um ihrem Farbenton darauf durch eine entsprechende

Behandlung mit Wachsölbe die letzte Vollendung bei der Grünbeize zu geben. Hierfür ist aber ganz speziell bei der Grünbeize besonderes Gewicht darauf zu legen, daß zu dieser abschließenden Mattierung und Lackierung nur solche Materialien in Verwendung genommen werden, die den ursprünglichen erreichten Ton in ungeminderter Zartheit zur Geltung kommen lassen. Nur klar durchsichtige, vollkommen farblose Lackarten dürfen also hierzu herangezogen werden.

Der Vollständigkeit wegen soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß man in neuester Zeit auch Anilinfarben zur Grünbeize benutzt. Es sind dies wasserlösliche Leerfarbstoffe, unter denen sich namentlich Nigrosin für Grünbeizen als zweckmäßig erwiesen hat. Durch Beigabe anderer Farbenarten, etwa echtem Gelb oder Orange, lassen sich mit Hilfe dieses Mittels allerdings ebenfalls Grünfarben in allen Nuancen herstellen, und man vermeidet, was besonderer Betonung wert erscheint, bei der Nigrosinbeize ein gut Teil der sonst von dem oxydierenden Lufteinfluß zu gewärtigenden Unzulänglichkeiten des Beizungseffektes. Auch haben sich die auf diesem Wege erstellten Grünfarben als genügend lichtecht erprobt, wenngleich andererseits nicht bestritten werden kann und von Kennern auch meist ohne weiteres zugestanden wird, daß gegenüber dem Grau der Nigrosinbeize doch das durch Eisenvitriolbeize erzeugte Grau in jedem Entwicklungsstadium einen allerdings nur sehr feinen Differenzgrad, aber dem kundigen Auge dennoch wahrnehmbaren höheren Grad in der Zartheit der Farbwirkung sein eigen nennt.

Franz Jammler.

Eingefandt.

Zur Modellfabrikantenkonferenz.

Ich habe schon in Nr. 19 unserer Zeitung darauf hingewiesen, welche einschneidende Veränderungen sich in unserer Branche vollzogen haben. Während früher die Verbraucher von Modellen, also die Maschinenfabriken, Eisen- und Metallgießereien usw. ihre Modelle fast ausschließlich im eigenen Betrieb herstellten, ist das jetzt ganz anders geworden. Wie Pilze sind in den letzten zehn Jahren sogenannte Privatmodellfabriken und Modellfabriken entstanden. In allen Ecken und Enden Deutschlands, oft sogar in ganz entlegenen Orten und kleinen Städten. Zudem hier die Lebenshaltung in der Regel nicht so teuer wie in großen Städten, hauptsächlich aber deswegen, weil die Organisation meist wenig oder gar nicht Fuß gefaßt hat, sind hier niedrige Löhne, schlechte Werkstätten und lange Arbeitszeit Regel. Die Kollegen in den Maschinenfabriken großer Städte haben unter der Konkurrenz dieser Geschäfte außerordentlich zu leiden, und es ist ein Erfolg bei Lohnbewegungen fast ausgeschlossen, da die Modellfabriken in der Provinz sofort mit Streikarbeit einspringen. Was nützte es zum Beispiel die Berliner Kollegen bei der diesjährigen Lohnbewegung, daß sie zu 98 Prozent organisiert waren und daß sie sich während des zwölfwöchigen Lohnkampfes musterhaft hielten. Sie mußten sich schließlich den Kühnemannern ergeben, weil die unorganisierten (man munkelt sogar auch die organisierten) Kollegen der Provinz dafür sorgten, daß die Modelle waggungsweise nach Berlin geliefert wurden. Ähnlich war es bei Lohnkämpfen in anderen Städten; so auch bei der Aussperrung in Bayern. In der bürgerlichen Presse, hauptsächlich in Süddeutschland, waren um diese Zeit fortwährend Annoncen zu lesen, daß Holzmodelle zu vergeben sind. In dem weit verbreiteten „Schwarzwälder Boten“ war dies zum Beispiel wiederholt der Fall. Die betreffenden Gewerkschaften respektive der Hauptvorstand haben keine Veranlassung genommen, obwohl das von Berlin aus verlangt wurde, Gegenannoncen zu erlassen, oder die betreffenden Zahlstellenverwaltungen darauf aufmerksam zu machen. Um nur gleich ein Beispiel anzuführen, so lieferte die Firma Bender in Kirchheim u. L. während der Aussperrung Modelle nach Augsburg, es wäre jedenfalls nicht schwer gewesen, daß die ziemlich kräftige Zahlstelle Kirchheim u. L. eingeschritten wäre. Allen in die Hand. In Stuttgart wurde ebenfalls ein Modell gemacht, bin Mensch kümmerte sich darum. Das muß anders werden. Ich will natürlich den Verbandsinstanzen die Schuld an dieser Misere nicht allein zuschieben. Am meisten schuld sind die Kollegen selbst. Es ist unglücklich, welche Gleichgültigkeit in diesen Dingen, sowie in bezug auf Agitation bei vielen Kollegen herrscht. Für die Kleinarbeit, für die Werkstattagitation haben selbst die Kollegen, die schon jahrelang organisiert sind, vielfach gar kein Verständnis, meist mangelt es auch am guten Willen, es grenzt in diesem Punkt das Verhalten vieler Kollegen geradezu an Pflichtvergessenheit. Lernte ich doch Kollegen die Fülle kennen, die 20 Jahre lang der Gewerkschaft und Partei angehören, in beiden Vertrauensämtern bekleiden und es nicht einmal fertig bringen, in ihrer Werkstätte die Kollegen zu einer Werkstattdemonstration zusammenzubringen. Das ist einfach unerhört. Stellt man sich einen Kollegen zur Rede, so heißt es: „es nützt nichts“; eine solche unsinnige Antwort sollte man heute, wo der Gedanke der Organisation geradezu in der Luft liegt, nicht mehr bekommen. Meist ist es auch nur Feigheit und Willensschwäche, die diese Kollegen abhält, ihre Werkstattdaten, auf die sie vielfach sogar geschäftlichen Einfluß haben, zur Organisation zu gewinnen. Auch die bestehenden Sektionen müssen in Zukunft sich fleißiger und praktischer betätigen. Oft kümmern sich die Sektionen nur um die Kollegen in ihrem allernächsten Rayon, auch da muß anders gearbeitet werden, und ich möchte darüber meine Ansicht an einem Beispiel illustrieren. Die Sektion Stuttgart-Cannstatt mußte zum Beispiel die Kollegen des ganzen mittleren Neckarals in den Bereich ihrer Agitationsstätigkeit ziehen, seither geschah das nicht. Die Kollegen von Oberkirkheim, Spillingen, Feuerbach und Zuffenhausen wären doch leicht zusammenzuhalten. Auch könnte sich diese Sektion um die Kollegen in Kirchheim, Göppingen, Reutlingen, sowie um die in Geislingen kümmern. In Göppingen war noch diesen Sommer von zirka 60 bis 70 Kollegen nicht einer organisiert. Es sind dort, nebenbei bemerkt, verschiedene Kollegen, die früher dem vor 18 Jahren bestandenen Modellfabrikantenverein Cannstatt angehörten, und ich bin der Überzeugung, daß, wenn sich die Sektion Cannstatt etwas Mühe geben würde, ein Erfolg nicht ausgeschlossen wäre. So wie die Verhältnisse um Stuttgart herum liegen, ist es, wie ich aus Erfahrung weiß, in vielen anderen Städten. Aber es geschieht nichts. Viele Sektionsführer sehen ihre

Aufgabe schon darin erschöpft, wenn sie die Versammlung eröffnen, etwas über den schlechten Besuch räsonieren und dann wieder schließen. Daß sie verpflichtet sind, Leben und Bewegung in die Sache zu bringen, daß sie es sind, die Disziplinierung zu schaffen und die Versammlungen interessant zu gestalten haben, daran denken diese guten Leute meist gar nicht. Ein weiterer wunder Punkt sei hier berührt. Die Verbindungen der Kollegen respektive der Sektionen waren seither viel zu lose und mangelhaft. Bei Lohnbewegungen kam es vor, daß Anfragen und Mitteilungen wegen Streikarbeit erst nach Wochen, meist viel zu spät, in die Hände der Sektionsführer kamen. Die Briefe kommen meistens an die Zahlstellenverwaltungen und bleiben vielfach dort liegen, bis sie gelegentlich dem Sektionsführer übermittelt werden. Oft werden Anfragen über unsere Branche an den Zahlstellenvorsitzenden gerichtet, die dieser mangels Information gar nicht oder nicht zweckentsprechend beantworten kann. Auch darin muß Wandel geschaffen werden. Da erfahrungsgemäß die Kollegen unserer Branche am besten durch Branchenkollegen bearbeitet werden können, würde es von großem Nutzen sein, wenn man seitens derjenigen Zahlstellen, die eine größere Anzahl Modell- und Fabrikfabriken am Orte haben, auch Branchenkollegen als Referenten in der Agitation verwenden würde. Dies ist ein Verlangen, dem man bei den Bürstenmachern usw. längst mit gutem Erfolg Rechnung getragen hat.

Bezüglich der Konferenz schlage ich vor, daß die Kollegen allerorts, sofern dies noch nicht geschehen ist, sofort eingehende Statistiken über die Verhältnisse unserer Branche aufnehmen. Dort, wo noch keine Sektionen bestehen, müssen sich die einzelnen Kollegen darüber verständigen und die Sache in geeigneter Weise mit Hilfe der Zahlstellenverwaltungen machen. Das Resultat ist sofort an den Hauptvorstand oder an eine von diesem zu bestimmende Sektion einzusenden. Als einen Punkt der Tagesordnung der Konferenz möchte ich vorschlagen, daß in allen Gauen des Verbandes eine aus drei Kollegen bestehende Agitationskommission unserer Branche gebildet wird. Diese Agitationskommissionen sollen eine rege Verbindung mit den Sektionen und Kollegen im Gau unterhalten. Eine dieser Agitationskommissionen soll als Zentralagitationskommission bestimmt werden; diese hat an einem Hauptort unserer Branche sich zu befinden, meiner Ansicht nach in Berlin. Auf diese Weise wäre es möglich, eine nachhaltige und systematische Agitation zu entfalten und stets über die Verhältnisse in unserer Branche orientiert zu sein. Hauptsächlich wäre es auf diese Weise möglich, bei Lohnkämpfen sich der Streikarbeit leichter erwehren zu können. Auf weitere Vorschläge zur Tagesordnung der Konferenz will ich verzichten, weil ich annehme, daß solche noch von anderer Seite kommen werden. Zum Schluß sei an die Kollegen die dringende Aufforderung gerichtet, den seitherigen Schlenndrian fahren zu lassen und energisch und ernsthaft an die Agitation zu gehen; hauptsächlich seien die älteren schon länger organisierten Kollegen an ihre Pflicht erinnert. Weg mit den kleintlichen Zankereien und Eiferjuchteleien, weg auch mit der kleinlichen und meist unberechtigten Angst, man könnte seine Stellung verlieren, wenn man seinen Mitkollegen zur Organisation zu bringen sucht; diese Angst entspringt meist der Feigheit und der Bequemlichkeit. Diese ist heute in einer Zeit, wo das Unternehmertum hauptsächlich in unserer Branche die brutalsten Scharfmacherpläne schmiedet, absolut nicht angebracht. Vor allem, Kollegen, erhaltet und erzwingt auch die Hilfe der Zahlstellenverwaltungen und der Gewerkschaften. Laufende von Kollegen stehen uns noch fern und können für uns gewonnen werden, wenn ernsthaft dahinter gegangen wird. Die Tatsache, daß jetzt unsere Konferenz stattfindet, macht auch die Ursache, die viele indifferente Kollegen seither gebraucht, daß in unserer Branche nicht richtig vorgegangen wird, für die Zukunft hinfällig. Also, Kollegen, zeitig, das uns eine bessere Zukunft in unserer Branche gewährleistet. Kollegen, mehr Agitation!

Augsburg.

K. H.

Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Schriften eingegangen: 1649—1789—1905. Unter diesem Titel hat die Buchhandlung „Vorwärts“ zur Jahreswende eine Revolutionsnummer herausgegeben. Das 16 Seiten starke Heft kostet 20 Pf. Bestellungen nimmt jede Parteibuchhandlung entgegen.

„Der verlorene Sohn“. Dieser berühmte gewordene Roman des englischen Schriftstellers Hall Caine gelangt vom 1. Januar ab in der Zeitschrift „Zu freien Stunden“, herausgegeben von der Buchhandlung „Vorwärts“, zum Abdruck.

In jeder Woche erscheint ein 24 Seiten starkes illustriertes Heft für 10 Pf., das neben den Romanen noch kleinere Aufsätze und wissenschaftliche Notizen enthält.

Ernst Naar, Worte der Weisheit. 1. Band: Prologe für Arbeiterfeste, Parteitage, politische Arbeitervereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-, Turn- und Gesangsvereine usw. Mit einem Bildnis des Dichters. Preis elegant gebunden 2,50 Mk. München, Verlag von W. Ernst.

Die Hohenzollern-Legende, Kulturbilder aus der preussischen Geschichte von Max Maurenbrecher. Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. Heft 33 bis 36. Das ganze Werk umfaßt 50 Hefungen à 20 Pf. Die erschienenen Lieferungen des sehr empfehlenswerten Werkes können von jeder Parteibuchhandlung nachbezogen werden.

Briefkasten.

* Des Bfteren werden Fragen der verschiedensten Art an die Redaktion gerichtet, ohne daß die Fragesteller ihre Adresse angeben. Wir machen deshalb wiederholt darauf aufmerksam, daß auf eine Antwort nur dann gerechnet werden darf, wenn uns die genaue Adresse des Fragestellers bekannt ist. Lage. Der Zahlstellenstempel allein genügt nicht, wir müssen bei allen Korrespondenzen auch den Namen des Senders kennen.

